INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

auswärts 3 DM


Der Zug der bewaffneten Spartaciden durch das Brandenburgertor

Nr. 463

12. November 1998





Gipfel stürmen!

Berliner Infowoche rund um die EU- und WWG-Gipfel in Köln 1999

9.–15. November 1998 im Mehringhof

Do, 12. Nov. 1998
19.00 Uhr: Ausstellungseröffnung zum EU-Gipfel Amsterdam 1997

Fr, 13. Nov. 1998
19.00 Uhr: Erfahrungsaustausch aus vergangenen Kampagnen und internationalistischer Arbeit

Sa, 14. Nov. 1998
11–18 Uhr: Arbeitsgruppen
AG Europa – Wie deutsch wir der Euro
AG Nationalstaaten im Postfordismus
AG Das kleine abc des mai: Ein Lesekurs
AG Europ™ inc.

So, 15. Nov. 1998
10 Uhr: Frühstücksbuffet
11 Uhr: Infoplenum zu Köln 99

Nichts ist vergessen... ...und niemand! auf zur Silvio-Meier-Demo!

Am 21. November findet in Berlin-Friedrichshain wieder die Silvio-Meier-Demonstration statt. Anlaß ist die Ermordung des Antifaschisten Silvio Meier am 21.11.92 auf dem U-Bahnhof Samariterstraße. Silvio wurde damals von Neonazis angegriffen und erstochen; zwei seiner Begleiter wurden schwer verletzt. Zuvor gab es eine kurze Auseinandersetzung um eine faschistischen Aufnähers, den einer der Nazis trug. Am selben Wochenende wurden durch einen rassistischen Brandanschlag mehrere Frauen im niedersächsischen Mölln getötet.

Der Mord an Silvio wurde von staatlichen Stellen sowie von Medien auf Rivalitäten verschiedener Jugendgruppen verharmlost. Selbst im Prozeß gegen die Täter wollte der zuständige Richter nichts von den faschistischen Einstellungen der Nazis wissen.

Mit der Demonstration wollen wir an Silvio Meier erinnern und uns gleichzeitig gegen den faschistischen Terror wenden. Auch weiterhin werden wir den Nazis unseren entschlossenen Widerstand entgegensetzen!

Nichts ist vergessen und niemand!

Silvio-Meier-Demo

21.11.98 • 15:00 Uhr
U-Bhf. Samariterstr.
Soli-Party • 21 Uhr • Kato

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68 • 10179 Berlin
Antifa-Infotelefon: (030) 27 56 07 56
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab

V.i.S.d.P.: Elisabeth Müller-Westphal, Schloßstraße 41 c, 18646 Berlin-Steglitz

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift siehe oben
V.i.S.d.P.: Chalotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruckverl.

Ordner
Entwurf WWG-EU
GegnerInnen Brunnen_räumung
Berliner Fahnenflucht
Für das Recht auf Faulheit
Faxaktion der Karawayne

INHALTE: (JEDE MENGE!!!)

03: REP-Parteitag (Verhindern!)
05: Hetendorf (abschaffenn)
07: Grenzcamp (vorbereiten!)
09: AAB (kritisieren!)
10: Antifa (diskutieren!)
14: RAF-Fahndung (sabotieren!)
15: RAF-Gefangene (rausholen!)
Ahaus-Prozesse (besuchen!)
16: WWG-Treffen (protokollieren!)
19: EXPO (angreifen!)
23: Rhein-Main-Flughafen (stören!)
25: Anti-Pat.-Diskussion (aufgreifen!)
28: Antifa-Pannenhilfe (umsetzen!)
29: Wort zum Donmnerstag (amen!)

Verhindern wir den Parteitag der REPs

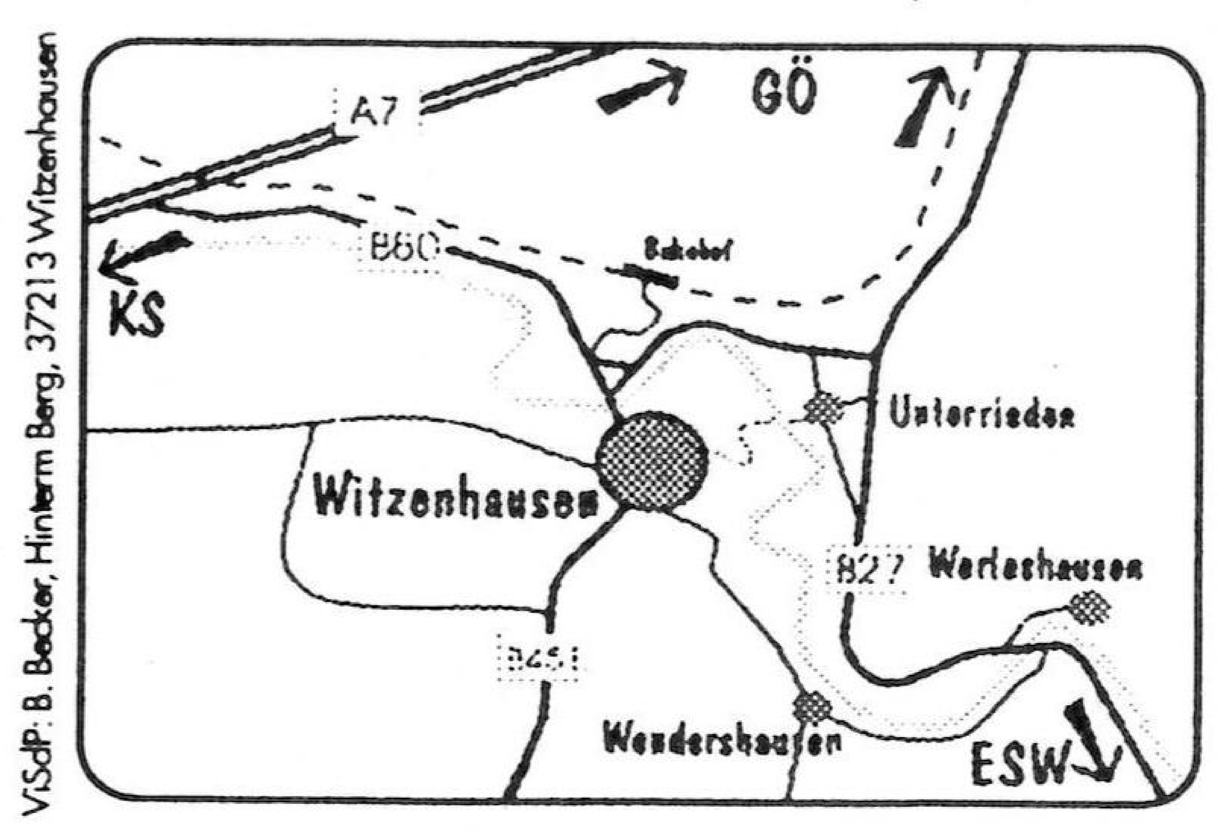


Die Republikaner planen am Wochenende 21./22. November in Witzenhausen-Unterrieden ihren Bundesparteitag abzuhalten. Bürgermeister Engel (SPD) hat bereits im Juli den REPs einen Vertrag für die Turnhalle beschert, die REPs waren zuvor in Frankfurt mit ihrer Suche gescheitert.

In Witzenhausen fand sich ein Bündnis „Bund(t) gegen braun" zusammen, und protestierte gegen die Vergabe der Halle an die Republikaner. Daraufhin erklärte die Stadtverwaltung den Vertrag aus formalen Gründen für ungültig, der RECHTsweg ist jedoch schon beschritten, und es gehen alle davon aus, daß die REPs die Halle zugesprochen bekommen. Das Bündnis in Witzenhausen plant für den Freitag Abend ein „multikulturelles Fest" und am frühen Samstag Morgen eine Kundgebung gegen den Parteitag vor Ort in Unterrieden. Der Ortsbeirat hat sich mittlerweile gegen „politische Kundgebungen" an diesem Wochenende ausgesprochen und möchte antifaschistische Gegendemos polizeilich unterbunden haben. Nach bisherigen Informationen wird ein Großaufgebot der Polizei versuchen den Parteitag durchzusetzen.

Wir rufen alle auf, sich an Gegenaktionen zu beteiligen, unabhängig vom Ausgang der juristischen und politischen Verfahren. Das Verwirrspiel mit Verboten und Genehmigungen, von Seiten der Gerichte und des Bürgermeisters, soll lediglich den reibungslosen Ablauf des Parteitages sicherstellen - und verdeckt das skandalöse Verhalten der Stadtverwaltung in Witzenhausen, das einer Einladung an die Republikaner gleichkommt. Wenn nun der örtliche Bundestagsabgeordnete der SPD zu einem „Aktionsbündnis gegen Extremismus" aufruft, will er damit eigenes Verschulden vertuschen, den Parteitag „weltoffen kritisch" begleiten und er ignoriert so die seit Wochen geplanten Gegenaktivitäten des „Bund(t) gegen Braun". Zeiten in denen sich Kommunalpolitiker durch Proteste bewegen ließen, rechte Veranstaltungen zu behindern, sind vorbei. Offensichtlich scheinen die Befürchtungen vor antifaschistischen Gegenaktivitäten größer zu sein, als die vor den REPs. Dem rechten Konsens in diesem Land wollen wir uns entgegenstellen. Ein Parteitag der REPs ist kein Treffen des Karnickelzüchtervereins - dort wird rassistische Politik gemacht und nationalistische Stimmung geschürt.

Wir werden an diesem Tag auf alle Fälle versuchen die Halle in Unterrieden zu blockieren. Falls die Kundgebung des „Bund(t) gegen Braun" vor oder in der Nähe der Halle nicht genehmigt wird, werden wir unabhängig vom Bündnis ein Ausweichkonzept vorbereiten, um den Parteitag zu stören (aktuelle Infos gibts beim Info-Telefon). Zeigen wir den REPs, und den Kommunalfürsten der SPD, daß ihr Schmusekurs Grenzen hat.



V.i.S.d.P.: B. Becker, Hinterm Berg, 37213 Witzenhausen

Auf nach Unterrieden am 21. November!

Info-Telefon
0561-17919
Mittwochs 20-22Uhr
19.+20.Nov. 18-22Uhr

Vorbereitungstreffen
11. November 20Uhr
Autonomes Zentrum Bazille
Sickingenstraße 10, 34117 Kassel



Stand: 28.10.98

Antifa-Plenum Nordhessen

Republikaner in Witzenhausen

Zum Stand der Mobilisierung gegen den Bundesparteitag der Republikaner im Witzenhäusener Stadtteil Unterrieden am 21./22. November 1998

Witzenhausen liegt nahe der geographischen Mitte Deutschlands, zwischen Kassel und Göttingen. In diesem Jahr wurde dort das 100-jährige Jubiläum der "Kolonialschule" gefeiert von wo aus vor 60 Jahren Studenten losgingen, um die Synagoge anzustecken und eine Hatz auf Juden und Jüdinnen zu veranstalten. Die Synagoge wurde nicht wieder aufgebaut und aus der Kolonialschule hat sich der Fachbereich Agrarwirtschaft der Gesamthochschule Kassel entwickelt.

Ungefähr 18.000 Menschen wohnen in der Werra-Stadt und der ihr zugehörigen Dörfern wie Unterrieden. Dort plant die Rechtspartei "Die Republikaner" am Wochenende 21./22. November ihren diesjährigen Bundesparteitag abzuhalten.
Aus taktischer Sicht haben die REPs den Ort nicht schlecht gewählt. Unterrieden liegt direkt an der B 80 die Anschluß von der A 7 aus Richtung Süden über Witzenhausen bietet und der stark befahrenen B 27, über die der Ort einen guten Anschluß aus Richtung Osten und Norden hat. Es gibt insgesamt 3 Zufahrtswege in das Dorf sowie eine Holzbrücke über die Werra und einen Wirtschaftsweg über die B 27 im Süden.
Die Halle an sich liegt am östlichen Dorfrand, direkt neben dem Friedhof und ist nur einen Steinwurf von der Bundesstraße entfernt.
Fünf überschaubare Eingänge, Küche und eine Glasfront Richtung Norden ermöglichen eine angenehme Tagungsatmospähre. Der naheliegende Sportplatz, der durch einen Tunnel unter der B 27 zu erreichen ist und die asphaltierten Wege drumherum bieten gute Parkmöglichkeiten. Einige Parteikameraden wollen sich laut Organisator, REP-Kreisvorsitzenden und Bad-Soden-Allendorfer Motorradladenbesitzer Siegfried Schülbe mit ihren Wohnmobilen in einer Art Wagenburg um die Halle gruppieren und dort auch schlafen.
Insgesamt sollen ca. 350 Delegierte in der Gerhard Schmidt Halle tagen, die sich dann aber --bis auf die Wohnwagenleute- für die Nacht von Samstag auf Sonntag mitsamt ihren "150 Ehefrauen" nicht in dem 850 Seelen Dorf aufhalten können, da die dort ansässigen Wirtsleute sich mit ihren KollegInnen in ganz Witzenhausen abgesprochen haben sollen an diesem Wochenende ausgebucht zu sein um den Nazis keine Bleibe zu bieten, bzw. sich keine Ärger dadurch einzuhandeln.
Hessen gehört zu den mitgliedsstärksten Landesverbänden der Republikaner und bei den letzten Bundestagswahlen gaben 3,6 % (2,3% für REP) der WählerInnen ihre Stimme für Rechtsextremistische Partei ab.
Von den 10.854 gültigen Erststimmen in Witzenhausen entfielen 268 auf die REPs (Bund freier Bürger 49), im Stadtteil Unterrieden waren es 12. Im benachbarten Bad Soden Allendorf gaben 400 Leute den REPs ihre gültige Erststimme (37 BfB), allerdings wurden da nur 6396 gültige Erststimmen gezählt.
Natürlich spiegelt dieses Ergebnis nur einen Teil der politischen Lage in dem Werra-Dorf wieder.
Als am 4.9. diesen Jahres die Regionalzeitung HNA den Termin des Bundesparteitages veröffentlichte, war die Aufregung vor Ort zunächst groß. Zum einen weil einige tatsächlich etwas gegen die rassistisch-nationalistisch Stimmungsmacher haben, zum anderen, weil nicht verstanden wurde, daß ausgerechnet ihr schnuckeliger Kirschplantagenort auserkoren wurde und es nun um den vermeindlichen Frieden um die Dorflinde geschehen ist.
Hinzu kam noch einiger Ärger um die Hallenvergabe - Praxis, da Bürgermeister Engel, SPD, bereits am 23. Juli ohne Wissen von Magistrat und Verwaltungschef grünes Licht für die REPs gab. Deswegen kam es auch noch zu einigem Komunalpolitikgeplänkel weswegen auch die Rot-Grüne Koalition platzte. Unter dem Druck der verschiedenen Proteste sah sich Engel nun genötigt den Hallenmietvertrag zu wiederrufen und erklärte ihn für ungültig.
Organisator Schülbe sprach deswegen von "Rechtsbeugung gegen eine unliebsame Gruppierung".
Auf dem Landesparteitag der Rechtsextremisten in Fulda am 17. Oktober gab es ein Treffen deswegen mit dem Bundesvorsitzenden Schlierer , um die weitere Vorgehensweise abzuklären.
Zunächst hatte auch das zuständige Amtsgericht dem Widerruf der Stadt zugestimmt.
Als nächstes wurde im Rechtsstreit das Verwaltungsgericht Kassel bemüht, welches allerdings keinen Anlaß für ein Eilverfahren zur Bereitstellung der Gerhard Schmidt Halle gesehen hatte. Die REPs haben nun Widerspruch gegen die von der Stadt ausgesprochene Kündigung des Mietvertrages eingelegt, der nun im Magistrat entschieden werden muß.

Parallel dazu hat der Bundesvorstand bzw. der Kreisvorstand der Partei den Hessischen Verwaltungsgerichtshof Kassel angerufen und Beschwerde gegen die Entscheidung der Verwaltungsrichter eingelegt, die der Stadt mit ihrem Widerspruch auch zugestimmt hatten.
Allerdings mit dem Hinweis auf den Verfahrensfehler, daß die REPs zunächst einen Widerspruch gegen das erste Urteil hätten stellen müssen.
So wurde zwar der Eindruck erweckt, daß die REPs juristisch gesehen Schlappen einstecken mußten, faktisch bedeutet dies aber, daß die Entscheidung auf anderer Gerichtsebene nun getroffen wird. Die Hallenvergabe an die REPs gilt als sicher und dem sich fast überall wiederholende Gerichtstheater sollte nicht zuviel Aufmerksamkeit gegeben werden.
Nach Bekanntwerden des Parteitagsdatums haben die Bündnisgrünen im Wahlkampffieber angekündigt, eine Demonstration gegen die REPs anzumelden. Nach dem Wahlsieg der "neuen Mitte" ist davon allerdings nichts mehr zu hören.
Statt dessen gründete sich ein BürgerInneninitiative mit dem Namen "Bund(t) gegen Braun".
Hier sammelten sich zunächst überwiegend "interessierte Einzelpersonen". Von VertreterInnen etablierter Parteien oder Institutionen ließ sich niemand blicken.
Dies ändert sich allmählich, nachdem der DGB-Kreisverband Bad Hersfeld-Eschwege angekündigt hatte eine Kundgebung am 21. November direkt vor der Gerhard Schmidt Halle in Unterrieden anzumelden. Inzwischen sitzen offizielle VertreterInnen von Kirche, Grünen, SPD, FWG und anderen Gruppen in dem Bündnis. Ebenso wurden einige Veranstaltungen zu den Themen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Republikaner beschlossen, sowie ein "Multikulturelles Fest" im "Bürgerhaus" am Vorabend des Parteitages.
Immer wieder Thema in den wöchentlichen Bündnistreffen ist die Angst der Unterrieder Bevölkerung. Dabei geht es weniger um die Angst vor den Beschlußfolgen des REP-Bundesparteitages, als vor Antifaschistischen Gegenaktionen, die sich zwischen Jägerzaun und Kirschplantage abspielen könnten.
Der Ortsbeirat in Unterrieden hat sich bereits gegen "politische Kundgebungen" an diesem Wochenende ausgesprochen und hat einen entsprechenden Antrag auf Versammlungsverbot von Freitag, 20.11. bis einschließlich Sonntag 22.11. in der "Gemarkung Unterrieden" beim Magistrat in Witzenhausen eingereicht.
Ein angekündigtes großes Polizei und BGS Aufgebot, läßt erahnen welche Interessen an diesem Wochenende wieder geschützt werden sollen.
Unter diesem Eindruck ließen sich ein Großteil des Bündnis dazu hinreißen nun eine Demonstration auf dem 4 km entfernten Marktplatz in Witzenhausen-Stadt anzumelden, die dann auf der B 80 nach Unterrieden führen soll. Mehr oder minder beschlossen wurde dies auf einem Treffen des "Aktionsbündnis gegen Extremismus" wozu der örtliche SPD-König und MdB Joachim Tappe aufgerufen hatte.
Aller Voraussicht nach wird diese Demo aber unter dem Motto "Bund(t) gegen Braun" stattfinden, da sich Tappe nicht mit seinem "auch nicht auf dem Linken Auge blind sein"-Gelaber durchsetzen konnte. Zu diesem Zeitpunkt ist allerdings noch nicht klar, zu welcher Uhrzeit diese Demonstration angemeldet wird, ob der DGB trotzdem noch vor Ort eine Kundgebung anmeldet und ob es noch weitere Demonstrations - und Kundgebungsanmeldungen in und um die Gemarkung Unterrieden geben wird.

Das Ziel des Autonomen Antifa Plenums Nordhessen ist es mit allen, die sich dem "rechten Konsens" entgegenstellen, den ordnungsgemäßen Ablauf des Parteitages zu verhindern.
Rassisten, Sexisten und Nationalisten haben keinen Platz bei uns und das werden wir an diesem Wochenende zeigen!
Die lokale Engstirnigkeit und die damit verbundenen Ängste einiger BewohnerInnen von Witzenhausen können wir nicht teilen und wollen ein klares Zeichen gegen die rassistisch-nationalistische Politik der Republikaner setzen. Ebenso wollen wir "der neuen Mitte" eine klare Absage in ihrem Kurs gegen Extremismus erteilen. Wir akzeptieren keine Gleichstellung von Stiefel- und Anzugfaschisten mit Menschen, die sich klar gegen rechte Inhalte aussprechen und deswegen auch auf die Straße gehen.
Die ländliche Lage und der zeitliche Rahmen eines ganzen Wochenendes erfordern Flexibilität und eine gewisse Mobilität. Wir versuchen Schlafmöglichkeiten in Witzenhausen und Kassel zu organisieren.
Falls die Kundgebung vor Ort verboten werden sollte, werden wir zu Ausweichorten mobilisieren.

Am Mittwoch den 11. November wird es um 20 Uhr ein Vorbereitungstreffen in Kassel geben (Autonomes Zentrum Bazille, Sickingenstraße 10) und unser Telefon(0561-17919) wird Mittwochs von 20-22 Uhr sowie Donnerstag, den 19. und Freitag den 20.11. von 18- 22 Uhr besetzt sein.(Ansonsten Anrufbeantworter)

Achtet auf Ankündigungen!
Stand: 30.Oktober 98

HETENDORF ... und kein ENDE!

-Verfahren vermutliche Ursache für Schikanen gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen-

Nach der Aktion 1996 gegen die sog. „Sonnenwendfeier" im Nazizentrum Hetendorf 13 (Lüneburger Heide) wurden mehr als 200 Antifas mit Anzeigen wegen Landfriedensbruch überschüttet.

Diese Verfahren wurden im März 1997 eingestellt ...,
das Nazizentrum Anfang 1998 geschlossen ...

In den letzten Monaten häuften sich Informationen darüber, daß Leute bei Demovorkontrollen festgenommen wurden, nach Paßkontrollen z.B. bei der Ausreise aus der BRD gesondert überprüft wurden, daß einer Person die Ausreise aus der BRD sogar verweigert wurde.
Alle diese „Maßnahmen" von Bullen bzw. BGS geschahen mit dem Verweis auf „Landfriedensbruch".
Bislang laufen die Fäden bei den „Hetendorf-Verfahren" zusammen.
Klar ist, es gibt Speicherungen die zu den Kontrollen und Repressionen führten - unklar ist zur Zeit auf welcher rechtlichen Grundlage, in welchem Umfang und in welcher Zuständigkeit.
Um dies herauszufinden werden Betroffene exemplarisch (in Absprache mit EA und RA/Innen) offiziell Auskunft über Datenspeicherungen zu ihrer Person verlangen.
Sobald etwas genaueres über die Hintergründe bekannt wird, werden die neuen Infos veröffentlicht. Bis dahin sollten alle Menschen sich darauf einstellen, daß auch abgeschlossene/eingestellte Verfahren Grundlage für Kontrollen und Repressionen sein könnten.

Welche/welcher Probleme und Schikanen von Bullen und BGS wegen bereits eingestellten Verfahren hatte, sollte sich bei der Prozeßgruppe,
c/o Ini gegen H 13, Infoladen,
Kornstraße 28 / 30,
30167 Hannover melden.

→ Oktober 98

HETENDORF ... und kein ENDE!

-Verfahren vermutliche Ursache für Schikanen gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen-

Nach der Aktion 1996 gegen die sog. „Sonnenwendfeier" im Nazizentrum Hetendorf 13 (Lüneburger Heide) wurden mehr als 200 Antifas mit Anzeigen wegen Landfriedensbruch überschüttet.

Diese Verfahren wurden im März 1997 eingestellt ...,
das Nazizentrum Anfang 1998 geschlossen ...

In den letzten Monaten häuften sich Informationen darüber, daß Leute bei Demovorkontrollen festgenommen wurden, nach Paßkontrollen z.B. bei der Ausreise aus der BRD gesondert überprüft wurden, daß einer Person die Ausreise aus der BRD sogar verweigert wurde.
Alle diese „Maßnahmen" von Bullen bzw. BGS geschahen mit dem Verweis auf „Landfriedensbruch".
Bislang laufen die Fäden bei den „Hetendorf-Verfahren" zusammen.

Klar ist, es gibt Speicherungen die zu den Kontrollen und Repressionen führten - unklar ist zur Zeit auf welcher rechtlichen Grundlage, in welchem Umfang und in welcher Zuständigkeit.
Um dies herauszufinden werden Betroffene exemplarisch (in Absprache mit EA und RA/Innen) offiziell Auskunft über Datenspeicherungen zu ihrer Person verlangen.
Sobald etwas genaueres über die Hintergründe bekannt wird, werden die neuen Infos veröffentlicht. Bis dahin sollten alle Menschen sich darauf einstellen, daß auch abgeschlossene/eingestellte Verfahren Grundlage für Kontrollen und Repressionen sein könnten.

Welche/welcher Probleme und Schikanen von Bullen und BGS wegen bereits eingestellten Verfahren hatte, sollte sich bei der Prozeßgruppe, c/o Ini gegen H 13 / Infoladen, Kornstraße 28 / 30, 30167 Hannover melden.

Oktober 98

Campvorbereitungsgruppe
c/o AG3F, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau
Tel/Fax. 06181/ 184 892

Grenzcamp 1999

Einladung

zum **1. Vorbereitungstreffen**

für ein **Grenzcamp 1999**

an der deutsch-tschechisch-polnischen **Grenze**.

am

06.Dezember 1998, um **13.00 Uhr**

in **Leipzig** im **Conne Island**, Coburgerstr. 3

Ende Juli 1998 fand in der Nähe der Stadt Rothenburg in der Oberlausitz im Rahmen der Kampagne **kein mensch ist illegal** das antirassistische Grenzaktionscamp statt. Mit Vermittlung und Provokation wurde das Grenzregime an einer der bestbewachten Außengrenzen der Festung Europa und das Denunziationsbündnis zwischen BGS und örtlicher Bevölkerung thematisiert und attackiert.

Auf dem Nachbereitungstreffen des Camps 1998 war die Meinung einhellig: Das Camp wird als Erfolg gewertet und ein neues Camp 1999 steht fast schon außer Frage. Aber es gibt vieles wesentlich besser zu machen. Das nächste Camp muß nicht nur besser organisiert werden, es soll auch mehr Raum für inhaltliche Auseinandersetzung bieten und zudem effektiver in die alltägliche Menschenjagd eingreifen. Dazu ist es unbedingt notwendig, daß möglichst viele Menschen und Gruppen aus verschiedenen politischen Spektren, frühzeitig Vorstellungen entwickeln, um das Camp 1999, zu dem viel breiter und stärker mobilisiert werden soll, vielfältig zu gestalten und besser vorzubereiten.

Deshalb wollen wir uns schon frühzeitig in die Vorbereitung des Grenzaktionscamps 1999 stürzen - auch angesichts der Tatsache, daß im nächsten Frühjahr mit der Mobilisierung zum EU- und Weltwirtschaftsgipfel, der Antifa-Mobilisierung zum 1. Mai in Leipzig und weiteren Aktionen die Zeit knapp werden könnte.

Eine Dokumentation zum Grenzcamp 98 wird gerade erstellt, eine Materialsammlung gibt es bereits bei AG3F, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau, Tel/Fax. 06181/ 184892, ein Video-Magazin zum Camp bei AK Kraak, Torstr. 16, 10115 Berlin, 030/2823727. **[über die grenze], München**

Protokoll des Nachbereitungstreffens des Sommercamps 1998

Am 10.10.98 trafen sich ca. 30 Leute aus Görlitz, Dresden, Zittau, Berlin, Hoyerswerda, Hanau, München, Kiel, Bonn und Poznan zur Nachbereitung des Grenzcamps in Görlitz. Im folgenden ein kurzer Bericht:

In einer ersten Runde war das Stimmungsbild recht einhellig: jenseits einzelner Kritikpunkte wurde das Projekt als gelungener Ansatz betrachtet, der unbedingt fortgeführt werden soll.

Das Grenzregime muß Thema bleiben: sowohl die Menschenjagd des BGS als auch die Denunziationsstimmung in der Bevölkerung, diese Kombination aus staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus. Am Konzept von ‚Vermittlung und Provokation", also dem Angebot von Argumenten und Informationen mittels Campzeitung und öffentlichen Veranstaltungen und kompromißlosen Aktionen wie der Einrichtung ‚neuer Grenzübergänge" oder der ‚Neisse-Regatta", soll weitergearbeitet werden. Diskutiert werden muß, ob das Camp eine provokativere Ausrichtung haben soll und ob eine Einbindung/Mobilisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen angestrebt werden soll.

Das Camp soll sich stärker internationalisieren, wobei die polnischen Beteiligten an ein Parallelcamp in Polen denken und darüberhinaus Gruppen aus USA/Mexiko bereits in konkreten Planungen für ein Schwestercamp stecken. Interesse an einem Camp zur gleichen Zeit wurde auch aus Italien signalisiert.

Allgemein war die Stimmung von der überzeugten Einschätzung getragen, daß ein Camp '99 mit weitaus mehr TeilnehmerInnen rechnen kann. Die gemachten Erfahrungen bieten eine ganz neue Mobilisierungsgrundlage und die vielen guten Aktionen haben sich recht weit herumgesprochen. Eine zu erstellende Dokumentation sowie vor allem ein von AK-Kraak produzierter Film bieten eine gute Möglichkeit, die Idee weiterzuverbreiten.

Als Ort des Camps wird das Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien favorisiert, also die Gegend um Zittau. Das bietet zum einen die Chance, an die Aktionen dieses Jahres anzuknüpfen, außerdem gibt es dort eine Wasser- und Landgrenze für erweiterte Aktionsmöglichkeiten und zum dritten wäre ein parallel stattfindendes polnisches Camp in erreichbarer Nähe.
Erfahrungsgemäß wird die Platzfrage wieder ein großes Problem werden, so daß die Suche auch auf die weitere Bereiche an der sächsisch-tschechischen Grenze ausgedehnt wird, also den Bereich, der in den letzten Monaten zunehmend als Brennpunkt der ‚illegalen Einwanderung" behandelt wird.
Als Zeitpunkt wurde August '99 vorgeschlagen, um nicht zu nahe an den Mobilisierungen gegen die Gipfeltreffen von EU und IWF in Köln (im Juni) zu liegen. Im September finden in Sachsen Landtagswahlen statt, so daß dort Wahlkampfzeit sein wird. Obwohl sächsische Antifas zunächst Bedenken wegen einer möglichen Überforderung äußerten, wurde diese Tatsache letztlich eher als weitere Gelegenheit gesehen, die auf dem diesjährigen Camp sehr gelungene Zusammenarbeit von Antifa- und Antira- Gruppen fortzusetzen. **AG3F, Hanau**

AAB schmeckt scheiße!

ACHT JAHRE LANG HAT DIE AAB DEBATTIERT: LINKE ORGANISIEREN? UND WIE? IN DER INTERIM 461 WURDE IHR RESÜMEE VERÖFFENTLICHT[1]: LINKE ORGANISIEREN! UND WIE!
AUCH WIR HABEN DEBATTIERT. NICHT GANZ SO LANGE. NICHTSDESTOTROTZ SIND WIR UNS SICHER: LINKE ORGANISIEREN? SO NICHT! ODER: DAS WAR NIX, AAB! MEHR NOCH: DAS GIBT ZU DENKEN, AAB!

0. Free or ganized?

Wir haben keine Antwort auf die von der AAB aufgeworfene Organisierungsfrage.
Deshalb wollen wir uns nicht dazu auslassen, in welcher Form Organisierung vertretbar und notwendig ist. Den vorgeschlagenen Ansatz der AAB halten wir allerdings für ein Übel (da gefährlich).
An der Wurzel des Übels: Schon die grundsätzlichen Vorstellungen der AAB haben offenbar nichts mit einem emanzipatorischen Politikansatz zu tun. Insofern sind alle daraus zu schließenden Folgerungen unbrauchbar für eine Diskussion über Organisationsformen der radikalen Linken.
Das Übel übelt: Der AABsche Aufruf zur Organisierung bleibt unkonkret und schwammig, aber die zugrundeliegenden Voraussetzungen lassen erkennen, worauf er hinausläuft. Längst überwunden geglaubte Konzepte wie das der Unterordnung des Individuums unter die revolutionäre Disziplin und das der revolutionären Avantgarde werden auf der Basis dieser Prämissen gestärkt.
Aus Wurzel und Gestalt des Übels ergibt sich für unseren Text folgender Aufbau: Wir werden uns erst mit den grundsätzlichen Aussagen der AAB zum Individuum (1. Abschnitt) und zur Mehrheitsfähigkeit von Politik (2. Abschnitt) beschäftigen, um danach die Organisationsform, die aus ihnen ableitbar ist, zu diskutieren (3. Abschnitt).
Noch ein Wort zu unserer Wurzel: Ansatzpunkt für unsere Kritik ist die Vorstellung einer befreiten Gesellschaft, die Grundlage einer umfassenden Kritik der bestehenden Verhältnisse sein muß. Es geht sicher nicht zu weit zu behaupten, daß die AAB diese Grundlage teilt. Schließlich heißt „Antifaschismus ... Kampf um eine befreite Gesellschaft."[2]

1. Individualismus heißt Angriff!

Die AAB ist der Auffassung, die Organisationsfeindlichkeit der radikalen Linken sei „der allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz geschuldet, für sich selbst eine möglichst weitgehende Autonomie zu beanspruchen; als unfreiwilliges Ideal vor Augen den personen- und ortsunabhängigen Manager oder den Yuppie-Single-Haushalt."
Es ist nicht mehr als billige Polemik, den Anspruch auf Autonomie der radikalen Linken mit dem gesamtgesellschaftlichen Yuppie-Pseudo-Individualismus in einen Topf zu schmeißen. Zwar ist das gesamtgesellschaftliche Ideal des Individualismus bis zu einem gewissen Maße auch in der radikalen Linken wirksam, allerdings heißt das noch lange nicht, daß der linksradikale Anspruch auf Autonomie damit gleichzusetzen ist. Dieser ist in der Vorstellung einer befreiten Gesellschaft verankert, in der es für das Individuum überhaupt erst möglich ist, seine Fähigkeiten und Neigungen selbstbestimmt zu entwikkeln. Das schließt die autonome Entscheidung darüber ein, welche sozialen Bindungen eingegangen werden und heißt nicht, daß sie keine Rolle mehr spielen.
Es liegt doch auf der Hand, daß der Kapitalismus, indem er so vielen Menschen die Entfaltung ihrer Persönlichkeit vorenthält, nicht mit wirklichem Individualismus vereinbar ist. Dieser muß also immer auf eine befreite Gesellschaft abzielen. Insofern muß man zwischen Yuppie-Pseudo-Individualismus und wirklicher Befreiung des Individuums unterscheiden. Individualismus hat dann, wenn mit ihm ernst gemacht wird, nichts mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände zu tun, sondern muß sie in Frage stellen. Und ein befreites Individuum ist doch gerade erst die Grundlage für eine befreite Gesellschaft, denn wie soll diese befreit sein, wenn sie sich nicht aus freien Individuen zusammensetzt?[3]
Deshalb ist es Quatsch, Vorbehalte gegen Organisierung, die in einer emanzipatorischen Individuumsvorstellung verwurzelt sind, mit billiger Polemik abzuschmettern.
Sie werden ja gerade durch eine historische Erfahrung bestätigt, die weit mehr einschließt als das Sektierertum der 70er Jahre. Es hat sich doch gerade im „real-existierenden Sozialismus" gezeigt, daß die Unterordnung des Individuums unter einen höheren Zweck in krasser Unterdrückung resultierte. Es gab in der DDR nicht nur, wie die AAB schreibt, Probleme wie „Bürokratisierung, Phrasendrescherei, und Mitläufertum" beziehungsweise „Erfolglosigkeit"(!!), sondern brutale Repression gegen Minderheiten und Andersdenkende sowie den daraus resultierenden Polizei- und Überwachungsstaat. Über die Erfahrung des „real-existierenden Sozialismus" hinwegzugehen zeugt von einem nicht vorhandenen Problembewußtsein für die Geschichte der Linken und die Wichtigkeit



1990: Die AAB-Spitze beginnt beim Garten-Plenum eine Organisierungsdebatte.

[1] „Antifa sollte lecker sein", S. 12/13. Aus diesem Text stammen alle Zitate ohne Quellenangabe.

[2] Dies ist dem Fazit des von der AAB mitunterzeichneten Aufrufs zur Silvio-Meier-Demo am 22.11.97 zu entnehmen.

[3] In diesem Sinne beschreibt Marx im „Kommunistischen Manifest" die befreite Gesellschaft als „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (MEW Band 4, S. 482).

des Individuums auf dem Weg zur Befreiung.
Es ist ein Grundfehler aller bisherigen langerfristigen Machtübernahmen von „kommunistischen“ Bewegungen gewesen, über das Individuum hinwegzugehen, um das höhere Ziel der befreiten Gesellschaft zu erreichen.[4] Daß die entstandenen Gesellschaften keine befreiten waren, versteht sich von selbst. Wie und wann auch hätte ein befreites Individuum entstehen können, wenn es sich auf dem Weg zu seiner Befreiung einem höheren Zweck unterordnen mußte? Die von diesen Erfahrungen bestätigten Vorbehalte gegen Organisation und Verbindlichkeit sind doch die Grundlage für das Projekt einer befreiten Gesellschaft.

2. Zusammen kämpfen, alleine herrschen?

Daß die Vorschläge der AAB gerade nicht zu einer befreiten Gesellschaft führen können, zeigt sich auch an ihren Ausführungen zur Mehrheitsfähigkeit linksradikaler Politik. Für sie „scheint [es] logisch, daß die Forderung nach grundsätzlich Neuem zwangsweise zunächst von Minderheiten ausgeht und erst nach erfolgreicher Verwirklichung zur Mehrheitsmeinung wird.“ Dafür führt die AAB eine Reihe von historischen Beispielen an (z.B. Kreuzzüge, Einführung der Demokratie, Russische Revolution...).
Die historische Richtigkeit dieser These soll hier nicht diskutiert werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob sich aus ihr überhaupt Schlußfolgerungen für die Bedeutung von Mehrheiten beim Erreichen einer befreiten Gesellschaft ziehen lassen. Vielmehr haben ja all die oben aufgezählten Beispiele historischer Einschnitte keineswegs mit dem Übergang zu einer solchen Gesellschaft zu tun. Denn sie zeichnet sich doch gerade dadurch aus, daß sie etwas radikal Neues, aber auch radikal Anderes ist. Deshalb ist der Übergang zu ihr nicht vergleichbar mit der russischen Revolution oder der Einführung der Demokratie in Deutschland. Sie kann selbstverständlich nur über eine große Mehrheit erreicht werden.
Jede Revolution einer Minderheit kann nur zur Gewaltherrschaft führen, denn sie muß die Mehrheit, gegen die sie sich richtet, nach dem Ergreifen der Macht unterdrücken. Die von der AAB in diesem Zusammenhang hervorgehobene russische Revolution ist dafür das beste Beispiel. „Aus dieser Revolution, aus ihren Folgen, ihren Möglichkeiten und ihren Erfahrungen können wir lernen“[5], was aber anscheinend von Seiten der AAB versäumt wurde.

3. Organized not free!

Aus dieser Haltung der AAB zur Frage der Mehrheiten und zum Individuum lassen sich Schlußfolgerungen darüber ziehen, wie Organisierung aussehen würde, wenn ihre Annahmen konsequent zu Ende gedacht werden.
Wenn einschneidende gesellschaftliche



2007: Die AAB steht kurz vor der Machtübernahme

Veränderungen nur von Minderheiten ausgehen, wieso sollte dann die radikale Linke selbst davon ausgenommen sein? Denn dann liegt es nahe, auch bei Konflikten innerhalb der eigenen Reihen die reine Lehre von oben herab zu verordnen.
Es ist bezeichnend, daß die AAB diese Problematik im Zusammenhang mit der Organisationsform vollkommen vernachlässigt. Zwar fordert sie, daß Organisation mit „Selbstkritik und basisdemokratischer Kontrolle“ einhergehen sollte. Allerdings wird diese Forderung nur taktisch begründet. Sie soll dazu dienen, „Fehlentwicklungen“ wie das „ziellose Absaugen kreativer Energien in Status- und Machtkämpfen“ und die „Hauptbeschäftigung der Organisation mit Problemen, die ohne sie gar nicht existieren würden“ und zum „völligen Verlust gesellschaftlicher Wirksamkeit“ führen zu vermeiden. Somit ist Basisdemokratie lediglich Mittel zum Zweck der Gewährleistung einer effizienten und politisch erfolgreichen Organisierung.
Es liegt auf der Hand, daß sie einfach beiseite gewischt werden kann, wenn erst einmal mit der Vorstellung der Veränderung durch Minderheiten in Bezug auf die eigenen Strukturen wirklich ernst gemacht wird, weil dies als taktisch angemessen erscheint.
Und auf leninistische Kaderparteien mit Avantgarde-Anspruch können wir aus oben genannten Gründen verzichten.
Die einzige Möglichkeit, solchen „Fehlentwicklungen“ tatsächlich vorzubeugen, besteht darin, die besagten Annahmen dem Papiermüll zu überantworten.
Vor diesem Hintergrund ist es höchst gefährlich, sich auch noch für die „Verbindlichkeit einer Gruppe, die eine kontinuierliche Mitarbeit ebenso einfordert, wie die Bereitschaft, eigene Positionen immer wieder der Kritik auszusetzen“, stark zu machen. Auch hier werden Vorbehalte von einer geschichtlichen Erfahrung der Unterordnung des Individuums unter die Parteidisziplin bestätigt.
Die Naivität der AAB in der Organisationsfrage zeigt sich in der Einschätzung, „sammelnde Ansätze wie der Antifaschismus seien ‚für die Vertreter der »reinen Lehre« wenig attraktiv“.
Diese werden doch wohl kaum davon abzuhalten sein, ihre Dogmen durchzusetzen, wenn Mehrheiten für das Erreichen der befreiten Gesellschaft keine Rolle mehr spielen und Basisdemokratie zum Mittel zur effizienteren Organisierung degradiert wird. An dieser Stelle sei an die Geschichte der 68er-Bewegung, deren „sammelnder Ansatz“ ja wohl kaum von der Hand zu weisen ist, erinnert. Alles, was von ihr in den 70er Jahren übriggeblieben war, war ein Haufen sektiererischer K-Gruppen.

Fazit:
„Die AAB beharrt auf klassischer linker Rhetorik...“[6], und nicht nur das: Auch ihre Inhalte sind dermaßen „klassisch“, daß wir uns fragen, ob nach acht Jahren Debatte nicht achtzig Jahre Geschichte einfach vergessen worden sind.

So ist Antifa nicht lecker, so schmeckt Antifa scheiße!

AG Autonome in der FDP

---

[4] Oder wie es Adorno formuliert: „Im Osten hat der theoretische Kurzschluß in der Ansicht vom Individuum kollektiver Unterdrückung zum Vorwand gedient.“ (Negative Dialektik, Frankfurt am Main 1970, S. 56)

[5] Aus dem Aufruf der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation (in der auch die AAB organisiert ist) zur Liebknecht/Luxemburg-Demo am 11.1.98

[6] So die Selbstdarstellung der AAB auf einem Flugblatt zu der von ihr am 22.1.98 in der Humboldt-Uni veranstalteten Diskussion zum Thema „Kunst und Wirkungslosigkeit. Über die aktuellen Möglichkeiten von Kulturkampf“

„Und früher war alles anders..." (Nazis, Linke und die Soziale Frage)

Dieser Beitrag will an die Nachbereitungsdiskussion zu Rostock durch eine antifaschistischen Gruppe aus Hamburg (interim nr. 462) anknüpfen. Es geht hier aber eher darum, sich von der ***technisch-taktischen Ebene*** des autonomen antifaschistischen Widerstands unter den aktuell gesetzten Bedingungen einer staatlichen Repression von abermals verschärfter Qualität abzusetzen (die übrigens sehr gelungen dargestellt wurde). Wir wollen einigen von den HamburgerInnen ebenfalls aufgeworfenen *Fragestellunge theoretisch-strategischer Natur* nachgehen: wie konnte es dem Rechtsradikalismus gelingen, sich von einer vormals isolierten Subkultur zu einer - zumindest im Osten - rechten sozialen Bewegung seit Anfang der 90er Jahre zu entwickeln? Es soll geklärt werden, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen soziale Bewegungen in Ostdeutschland nach 1990 entstanden und inwiefern sie sich von denen in der alten BRD unterscheiden und vor allem, was das Ganze mit einer antifaschistischen Perspektive zu tun hat.

Im Osten ist (fast) alles anders:

Nach dem Herbst 1989 befand sich die DDR in einem anomischen Zustand. Die gesellschaftlichen Organisationen waren in Auflösung begriffen, die sozialen Kontrollorgane weitgehend ausgefallen. Damit wurden unvorstellbare Spielräume geöffnet. Während sich die Oppositionsbewegung hochgradig institutionalisierte, Perspektivdiskussionen (Dritter Weg, eigenständige DDR) von hektischen Parteigründungen überlagert wurden und ihr im Herbst 1989 gewonnener relativer Einfluß zwischen Volkskammerwahl im März und gesamtdeutscher Bundestagswahl im November 1990 quasi zur Bedeutungslosigkeit verkam, bildete sich in der gesamten DDR seit Frühjahr 1990 eine nicht weniger hektische Bewegungswelle aus. Neben ostspezifischen Einflüssen adaptierten diese Bewegungen sehr schnell und mit tatkräftiger Unterstützung und Dominanz westdeutscher Akteure, alte „klassische" Bewegungsmuster der neuen sozialen Bewegungen (NSB) der BRD.

Es entstanden Bürgerinitiativen, ökologische engagierte Projekte, eine neue Hausbesetzerbewegung, eine diffuse ostautonome Szene und eine Vielzahl von alternativen, selbstverwalteten Kneipen, Jugendzentren usw. In fast allen Bereichen wurde sich an bereits bestehenden - wenn auch vielfach erfolglosen - Beispielen in der BRD orientiert. Junge Wohnungssuchende knüpften vielfach weniger an die DDR-Tradition des „Schwarzwohnens", sondern eher an symbolträchtige und vordergründig politisch aufgeladenen Hausbesetzungen, das von der DDR-Opposition zum Zentralthema erhobene Bedürfnis nach Gegeninformation und „freier Meinungsäußerung" wurde gerade nicht wie gefordert in der meinungsbildenden Massenpresse, sondern weiterhin in marginaliserten zum Teil kriminalisierten Blättchen und „Infoläden" gestillt. Diese 1:1 Übernahme im Westen erprobter NSB-Bewegungsmuster (nicht der politischen Inhalte) muß aber als unreflektiert und überstürzt bezeichnet werden. Sie bildeten sich doch vor dem Hintergrund einer völlig anderen gesellschaftlichen Realität heraus und waren zum damaligen Zeitpunkt in der BRD im Prinzip bereits gescheitert.

Vor allem für eine sich herausbildende radikale Linke hatte das verheerende Folgen: Statt sich als ernstzunehmende politische Kraft in die Prozesse des gesellschaftlichen Umbruchs einzubringen, wurden Organisatinsformen der Selbstghettoisieung gewählt. Diese erneute (wie schon zu DDR-Zeiten) Orientierung auf subkulturelle Nischen entsprang gerade nicht einer gesellschaftlich zwangsläufigen Dynamik. Vielmehr ist der selbstgewählte Verzicht auf gesellschaftliche Relevanz heute als zentraler Punkt der Niederlage von 1989 aufzufassen. Linke Subkultur im Osten war also - anders als in der BRD nach 1968 - weder Ergebnis sozialer und kultureller Auseinandersetzungen noch Ausdruck einer linksliberalen Hegemonie, sondern Zeichen einer (Selbst)Isolation linker Vorstellungen, Projekte und Organisationsansätze in der Zeit des Zusammenbruchs (des DDR-Systems) und des Anschlusses (an die BRD).

Die durch die weitgehende Abstinenz staatlicher Repression entstandenen Freiräume wurden jedoch - anders als in der BRD -nicht nur von linken Gruppierungen ausgefüllt, sondern, wenn auch in einem viel geringeren Ausmaß, von rechtsradikalen Gruppen. Als Beispiel genannt sei nur das der Nationalen Alternative vom Bezirk übergebene und quasi „von rechts besetzte" Haus Weitlingstraße 122 im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg, das zum unbestrittenen Zentrum und Identifikationsobjekt der neofaschistischen Szene in der Noch-DDR wurde.

Was waren „neue soziale Bewegngen" in der BRD *Der Begriff der neuen sozialen Bewegungen beschreibt den Protest- und Bewegungszyklus, der seit den sechziger Jahren in allen entwickelten kapitalistischen Staaten Westeuropas wirksam wurde. Die NSB machten zwischen 1975 und 1989 rund 75% der westdeutschen Protestmobilisierung aus. Die den entstehenden Bewegungen zugrunde liegende Unzufriedenheit verwies gleichermaßen auf Überfluß wie auf Defizite. Vergleichsweise „hohe" Reallöhne und staatliche Sozialleistungen begründeten das Modell des nationalen Wohlfahrtsstaats. Die Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse aufgrund der stark expandierenden Ökonomie von den fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre, die Stillegung und Institutionalisierung des Klassenkonflikts sind allgemeine Voraussetzungen einer nachhaltigen Interessensverlagerung. Durch die Basisbefriedigung materieller Bedürfnisse war ein Potential immaterieller Bedürfnisse freigesetzt worden. Materialistische Werte wie Einkommen oder soziale Sicherheit verschoben sich zugunsten postmaterialistischen Werten wie bspw. Ökologie oder Partizipation. Seit 1980 kam es zu einem ungeahnten Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen: Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegung, Hausbesetzer- und Autonome Bewegung. Dominierendes und verbindendes Glied war der Punk, eine No-Future-Haltung, eine Aufbruchstimmung, die sich nicht mehr - auch von linker Politik - verplanen und instrumentalisieren lassen wollte, sondern die Entscheidung im heute, hier und jetzt suchte. Eine materialistische Herangehensweise im Sinne einer sozialrevolutionären Perspektive trat mehr und mehr in den Hintergrund: Häuser wurden nicht mehr besetzt, um sich gemeinsam mit den alteingesessenen Bewohnern gegen Spekulation oder Kahlschlagsanierung zu wehren, sondern um Freiräume für die eigene Bewegung zu erkämpfen und abgehobene politische Parolen auf Transparenten zur Schau zu stellen. Es entstand eine quasi Gegengesellschaft und damit verbunden eine Selbstmarginalisierung der Akteure: „man stieg einfach aus" und wollte mit dem Rest der Gesellschaft nichts mehr zu schaffen haben. Hieraus resultiert eine heute fatal anmutende Blindheit gegenüber sich abzeichnenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen: Spätestens mit der „geistig-moralischen Wende" der CDU/CSU-FDP-Koalition 1982/83 setzte die entscheidende Weichenstellung zur Restrukturierung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells auch in der BRD ein: die Umstrukturierung der Wirtschaft von der Industrie- zur Dienstleistungsökonomie, der Abkehr vom Typ des fordistischen Modells der Massenproduktion und -konsumption mit schon damals bekannten Folgen wie massenhafter Freisetzung von Arbeitskräften, einem damit verbundenen rasanten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und einer Marginalisierung der vom Umstrukturierungsprozeß zuerst erfaßten Bevölkerungsgruppen. Anspruch und Wirklichkeit der NSB klafften deutlich auseinander: Die Bewegungen gaben sich auf einer vordergründigen Ebene radikal antiimperialistisch und antikapitalistisch (gegen den Atomstaat und die Atomindustrie, gegen Reagan als imperialistischen Kriegstreiber usw.), im praktischen Alltag aber folgten sie einem postmaterialistischen Wertekanon, der sich gegenüber dem „Angriff des nationalen Kapitals" auf die Gesamtgesellschaft - Selbstausbürgerung hin oder her - als blind erwies. So verwundert es denn auch nicht, daß eine der 80er Parolen wie „ES GIBT VIEL ZU TUN - NICHTS WIE WEG!", in Anspielung auf einen Werbeslogan des Bundesverbands der Deutschen Industrie, die Nachhaltigkeit der damals einsetzenden Entwicklung unendlich selbstkarikierend zum Ausdruck bringt und die damals zentrale und provozierende Position des „sich Verweigerns" ad absurdum führt - wer heute aussteigen will, bitte sehr, Du wirst eh nicht gebraucht, sieh zu wie Du klar kommst*

Linke Isolation und subkulturelle Verankerung von Nazis

1990 boten die übernommenen Bewegungsmuster zwar die Möglichkeit zur emanzipativen Selbstbehauptung und Selbstidentifikation angesichts einer schier unaufhaltsamen Wiedervereinigungsstimmung und von Selbsthaß geprägten Stimmung in der Noch-DDR, andererseits verbaute sie sich von vornherein den Weg zu einer ansatzweise breiteren gesellschaftlichen Bewegung auf Grundlage einer gemeinsamen Problemdefinition in der von sozialen Bewegungsmustern „unvorbelasteten" DDR-Gesellschaft. Ohne die Grenzen der eigenen Bewegungsmuster zu hinterfragen und oftmals ohne die notwendige Sensibilität für die lokalen Situationen wurden abgestandenen Modelle einfach exportiert.

So verpassten es die zum großen Teil aus dem Westen kommenden Aktivisten einen thematischen Zusammenhang zwischen den gerade in Ostberlin massenhaft vollzogenen Hausbesetzungen und der im Osten weit verbreiteten Furcht vor den durch die Übernahme des westdeutschen kapitalistischen Gesellschaftsmodells entstehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen herszustellen. Die Möglichkeit einer gesellschaftlich verankerten Politik wurde zugunsten des eigenen Bewegungsprojekts zurückgestellt.

Diese Tendenz gilt für fast sämtliche, sich als emanzipativ verstehende Bewegungsansätze in Ost- und Westdeutschland seit 1990. Eine diffuse Protestbewegung, die sich angesichts epochaler Veränderungen auf identitäre und postmaterialistische Werte und Bewegungsmuster reduziert, war von vornherein marginalisiert und zum Scheitern verurteilt. Im Westen wurde allmählich realisiert, daß die Vereinigung nicht umsonst zu haben sei und im Osten waren die Anschlußversprechungen der „blühenden Landschaften" als nicht zutreffend erkannt worden. Vor diesem Hintergrund (hohe Arbeitslosigkeit, soziale Verunsicherung, Identitätsverlust, Orientierungslosigkeit, Ausschaltung ostdeutscher Akteure, Etablierung eines Billiglohn-Sektors auf dem Gebiet der ehemaligen DDR als mustergültiges Beispiel im Kampf um Standortfaktoren im globalen Wettbewerb) standen diese Bewegungsansätze abseits der gesellschaftlichen Realität.

Das von links bestehende Vakuum einer gemeinsamen, radikalen und emanzipativ orientierten Formulierung real immer vorhandener „materieller Interessen" und fehlende Interventionskonzepte konnten von rechts schnell gefüllt werden: so gelang es den Rechtsradikalen, das Thema Ausländer und Asyl mit den Problemen der Systemtransformation, des politisch-sozialen Umbruchs der deutschen Vereinigung zu verknüpfen. Dabei profitierten organisierte Faschisten sowohl von den staatlich angeschobenen Debatten um die Asylrechtsänderung als auch von der (in der DDR ungebrochenen) Tradition von Fremdenfeindlichkeit. Viele Ostdeutsche unterstellten den seit Ende 1990 in den neuen Bundesländern untergebrachten Asylbewerbern pauschal kriminelle Absichten, bzw. ihre Versorgung ohne entsprechende Vorleistung wurde als Verletzung elementarer Gerechtigkeitsnormen empfunden. Die „Ausländer/Asylbewerber" wurden somit als die Schuldigen an allen Notständen und als direkte Konkurrenten am unteren Ende des Westdeutschen Sozialsystems interpretiert. Damit konnte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Rechte eine „soziale Frage" aufgreifen, in der sie mit weiten Teilen der Bevölkerung übereinstimmte. Selbst einige Politiker waren bereit, die nachfolgenden Ereignisse (z.B. Lichtenhagen und Hoyerswerder) als „Auswüchse" eines im Grunde berechtigten „sozialen Protests" der Ostdeutschen zu sehen. Heute ist das rechtsradikale Lager der BRD, speziell auf dem Gebiet der früheren DDR, vom politisch isolierten Provokateur der Vorwendezeit zur „völkischen Avantgarde" und einer Art „nationalem Volkstribun" mit fester Verwurzelung in nicht unerheblichen Teilen der Gesellschaft avanciert.

Bereits im Jahre 1992 konstatierte der Bewegungsforscher Hans-Gerd Jaschke: „Wir haben es heute nicht mehr, wie noch bis in die 80er Jahre, mit einer politischen Subkultur von Außenseitern und Ewiggestrigen zu tun, die auf breite Ablehnung in der Mehrheitsgesellschaft stößt und in ihrem abgeschotteten politisch-sozialen Milieu verbleibt. Verschiedene Anzeichen deuten daraufhin, daß nach der Studentenbewegung ... und den neuen sozialen Bewegungen nun eine neue, von ihren Zielen gänzlich andersartige, nun von rechts kommende Bewegung ihren Anfang nimmt".

Was kennzeichnet eine soziale Bewegung - wie funktoniert so was? *Unter einer sozialen Bewegung sind mobilisierte Netzwerke von Individuen, Gruppen und Organisationen zu verstehen, die mittels Protest grundlegenden sozialen Wandel herbeiführen oder verhindern wollen, ohne daß bloße Einstellungen oder kollektive Handlungspraktiken unter den Bewegungsbegriff fallen würden. Das klingt nach starkem Tobak. Allerdings ergibt sich das Problem, eine aktuelle Definition von sozialer Bewegung vornehmen zu müssen, damit dieser nicht (un)willkürlich mit Subkultur oder „Szene" gleichgesetzt und somit ins Beliebige verwässert wird. Deshalb eine kurze, möglichst präzise Begriffsbeschreibung in drei Punkten:*

1. Die Kategorie des Netzwerks setzt voraus, daß relativ enge kommunikative Zusammenhänge zwischen Gruppen und Organisationen einer Bewegung bestehen. Die auf der untersten Ebene angesiedelten Elemente einer Bewegung können einen sehr unterschiedlichen Organisationsgrad aufweisen. Das Spektrum reicht von informellen Zirkeln bis hin zu straff geführten Parteien und Verbänden. Entscheidend bleibt jedoch, daß die Verknüpfung der Bewegungselemente auf den verschiedenen Ebenen niemals den Verbindlichkeitsgrad einer alle Gruppen der Bewegung verpflichtenden Organisation erreicht. Bewegungen haben Organisationen, aber sie sind keine Organisation.

2. Das Merkmal der Protestbewegung weist daraufhin, daß es sich bei Bewegungen nicht um rein ideologische Übereinstimmungen handelt, sondern daß eine zielorientierte Handlungspraxis vorliegen muß, in der eine massive Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Verhältnissen oder sozialen Gruppen zum Ausdruck gebracht wird. Proteste reichen von rhetorischen Bekundungen bis hin zu Gewalttaten. Die damit verbundenen argumentativen bzw. expressiven Darlegungen gegenüber Gegnern und/oder Publikum sind der lediglich äußerlich sichtbare Teil von Bewegungen, welche nach innen hin ein weitaus facettenreicheres Handlungsspektrum aufweisen.

3. Das Kriterium einer auf sozialen Wandel gerichteten Protestpraxis besagt, daß von einer Bewegung nur dann die Rede sein soll, wenn sie Grundfragen gesellschaftlicher und politischer Ordnung aufwirft. Definitorisch ausgeschlossen werden damit einzelne Protestaktivitäten, die sich lediglich auf singuläre Ereignisse beziehen (z.B. bestimmter Amtsträger/konkrete administrative Maßnahmen). Erst wenn derartige Aktivitäten einen Bestandteil wesentlich weitreichenderer Bestrebungen um sozialen und politischen Wandel darstellen und zudem mit anderen nach grundsätzlichem Wandel strebenden Kräften verknüpft sind, können solche thematisch sehr begrenzten Protest(kampagnen) einer Bewegung zugerechnet werden.

Diese drei aufgezählten Elemente müssen eng miteinander verknüpft sein und - ganz entscheidend - in der Protestmobilisierung zusammentreffen.

Rechtsradikalismus als neueste soziale Bewegung

Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich mit dem Zusammenbruch des Ostblocks der Kapitalismus nahezu grenzenlos ausgeweitet. Vor dem ideologischen Hintergrund der Globalisierungsdebatte und den damit verbundenen Sachzwängen (Sicherung von Standortfaktoren usw.) sind weitreichende gesellschaftliche Umstrukturierungen durchgesetzt worden, die eine massive Umverteilung von unten nach oben, eine Verschärfung des allgemeinen Arbeitszwangs und eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen, gekoppelt mit einem Rückbau der Sozialstaatlichkeit zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund verschieben sich die gesellschaftlichen Konfliktlinien nicht mehr von materialistischen zu postmaterialistischen (=libertären) Werten. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien der 90er sind eine Kombination aus der klassischen, eher ökonomisch-sozial geprägte Konfliktlinie mit der zwischen libertären und autoritären Wertorientierungen (Hierarchie, Paternalismus, wirtschaftliche Größe, Fremdenfeindlichkeit) als Folge des forcierten Modernisierungsprozesses. Diese Entwicklungen zeichneten sich im Osten schneller und deutlicher ab. Zum einen waren die Folgen des Anschlusses vor allem ökonomische und wirkten sich auf die materielle Situation vieler Menschen aus, zum anderen hatten sich „postmaterielle Werte" weder zu DDR Zeiten (spätestens seit 1971 richtete

sich der Kurs der sozialistischen Partei- und Staatsführung auf eine Depolitisierung gesellschaftlicher Konflikte durch immer neue konsumistische Versprechen) noch in der Massenbewegung von 1989/90 verankern können: Es ging immer nur ums bessere Leben. Nur die Oppositionellen und jetzt die Linke hat das nie so richtig wahrgenommen.

Und das hat weitreichende Konsequenzen: nicht zufällig sind die neuen sozialen Bewegungen im Westen fast gänzlich verschwunden, im Osten hat sie sich nie 'richtig entwickelt. Die klassischen, an postmaterialistischen Werten orientierten Bewegungen erwiesen sich spätestens 1990 als von der „neuen" gesellschaftlichen Wirklichkeit des nationalen Wettbewerbsstaats überholt.

Soziale Bewegungen entstehen nicht aus dem Nichts, sie stürzen sich auf Realentwicklungen und spitzen sie zu. Die fortschreitende und sich verschärfende soziale und materielle Verelendung von immer mehr Menschen in der Metropole BRD ist heute gesellschaftliche Realität, gleichzeitig der Handlungspielraum der kapitalistischen Staaten und der etablierten Politik geringer denn je zuvor. Große Teile der Bevölkerung sind angesichts beschriebener Umstrukturierungsprozesse massiv verunsichert. Neben einer latent vorhandenen rassistischen Grundstimmung, spiegelt sich diese Verunsicherung aber auch in Wahlergebnissen wider, wie wir sie in den letzten Jahren etwa in Großbritannien, Frankreich oder unlängst der BRD als Erfolge für sozialistische/sozialdemokratische/ grüne Parteien erlebt haben. Freilich ohne, daß dem Bedürfnis nach „sozialer Gerechtigkeit", Wohlfahrtsstaatlichkeit oder gar einer „gerechten Verteilung der Güter" auch nur ansatzweise ein adäquates Reformprojekts dieser politischen Kräfte (sozusagen ein „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz") gegenüberstünde.

Der Anbruch „neoklassischer" sozialer Bewegungen am Ausgang des 20. Jahrhunderts, also Bewegungen, die sich primär materialistisch positionieren, wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt eindeutig von rechts dominiert.

Bezüglich der real-existierenden rechten sozialen Bewegung ist zu konstatieren, daß dieser Bewegungszusammenhang von Politik wie Wissenschaft lange Zeit nicht erkannt wurde, oder - was noch schlimmer ist - nicht erkannt werden sollte. Über die Entwicklung der rechtsradikalen Szene und ihrer Strukturen sind neben aktuellen Zeitschriften eine Reihe hervorragender Werke in den letzten Jahren entstanden, erwähnt seien nur die beiden Bände „Drahtzieher im braunen Netz" von 1992 und 1996, die die Geschichte der Entstehung einer neofaschistischen Szene in der DDR und ihre Transformation zum internationalen Netzwerk detailliert beschreiben. Was dagegen so gut wie überhaupt nicht reflektiert wird, ist auch hier die Bewegungsförmigkeit des aktuellen Rechtsradikalismus. Die Binnenstruktur der rechten Bewegung läßt sich grob in folgende Bestandteile gliedern:

- Rechtsradikale Parteien: vor allem die NPD mit ihrer Jugendorganisation JN als integrative, legale Basisorganisation
- Außerparlamentarische neofaschistische Organisationen und Netzwerke (v.a. autonome Kameradschaften aus dem Umfeld der verbotenen FAP, aber auch versch. Bildungs-, Kultur- und Schulungsgemeinschaften bis hin zur „Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener" (HNG) als einer Art „Braunen Hilfe")
- Neurechte intellektuelle Zirkel wie die Lesekreise der Jungen Freiheit oder Kreise nach dem Vorbild der Berliner Dienstagsrunde (hier saßen bekanntlich auch schon hohe Senatsmitarbeiter am Tisch)
- rechtsradikale/neofaschistische Subkulturen wie z. B. *Hammerskins usw.*

Zentrale Themenschwerpunkte sind die Besetzung der „sozialen Frage" von rechts im Sinne einer völkisch-antikapitalistischen Position wie sie vom Strasserflügel der NSDAP vertreten wurde, gekoppelt mit dem Aspekt der Massenarbeitslosigkeit und „Ausländerthematik". Neben dem (vorläufig fehlgeschlagenen) Versuch, als Teil der Erwerbslosenproteste aufzutreten ist hier vor allem der 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit" („soziale Gerechtigkeit gibt es nicht ohne nationale Solidarität") zu nennen (seit 1992 Demonstrationsversuche mit wenigen Hundert Teilnehmern in Ostberlin, 1998 mehrere tausend in Leipzig). Weitere Schwerpunkte sind geschichtsrevisionistische Kampagnen wie gegen die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht („unsere Großväter sind keine Mörder"), die sog. „Anti-Antifa-Arbeit" - die Erstellung potentieller Todeslisten von „Volksfeinden", die neben linken Personen und Projekten auch das bürgerliche und konservative Spektrum erfaßt sowie der Ausbau der rechten Infrastruktur unter technischen (verschiedene Infotelefone, Mailboxen oder z.B. das Computernetzwerk *Thule-Netz*), thematischen (diverse Diskussions- und Schulungszirkel, bzw. Publikationen), praktischen (Wehrsport/Nahkampftechniken) und kulturellen Aspekten (Schaffung „national befreiter Zonen", Ausbau von Treffpunkten wie Klubs, Diskos und Kneipen, „nationale Konzertveranstaltungen", rechte Platten- und Klamottenläden usw).

Vielerorts besitzt die rechte Bewegung inzwischen die kulturelle Hegemonie und beeinflußt das Massen- und Alltagsbewußtsein der Bevölkerung nachhaltig.

Die aus den Ereignissen der letzten Wochen, Monate und Jahre erwachsene Dimension ist bedrohlich - wöchentlich durchgezogene Demonstrationen, Großkonzerte und Veranstaltungen mit oft mehreren tausend Teilnehmern sind inzwischen genauso Realität und Normalität wie „national befreite Zonen", also bestimmte Straßenzüge, Wohnviertel, Dörfer oder Landstriche in denen die Rechte die kulturelle Hegemonie und die „Herrschaft der Straße" besitzt, also diese erkämpft und/oder von administrativer Seite überlassen wurde. Jugendklubs und Diskos - nur für Rechte, „no-go-areas" für alles was undeutsch erscheint. Andersdenkende fühlen sich allein gelassen, haben angesichts brauner Terrormethoden und kommunaler wie staatlicher Beschwichtigungs-, Verheimlichungs- oder offener rechter Protegierungspolitik längst resigniert und ihre Stimme verloren. Es wäre müßig und den Rahmen bei weitem sprengend, die vielen hundert Orte, die tausenden konkreten Einzelfälle und Beteiligten Funktionsträger republikweit noch einmal aufzulisten. Lassen wir an dieser Stelle pikanterweise den Generalstaatsanwalt von Brandenburg sprechen, der im Dezember 1997 eine „Einheitsfront von stramm Konservativen bis zum autonomen Spektrum" forderte, um dem (auch von Bullen und Staatsanwaltschaft) nicht mehr kontrollierbaren Phänomen dieser Gebiete noch Herr zu werden.





Mission impossible - Antifastrategien gegen rechte Hegemonie?

Für zukünftige Antifastrategien - jenseits von staatlich organisierten Einheitsfronten - ist es sicher notwendig, die rechtsradikale Szene endlich als das zu begreifen, was sie nunmehr ist: eine soziale Bewegung mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Also für Antifas vor allem der Tatsache, daß die bisherigen Mittel antifaschistischen Engagements sich vor diesem Hintergrund als stumpf erweisen.

Bereits aus der Definition sozialer Bewegungen dürfte deutlich geworden sein, welch komplexe Struktur eine zumindest halbwegs entwickelte soziale Bewegung ausmacht. Vor allem die auf Strukturen und Aktivisten gerichteten Repression einer antifaschistischen Gegenbewegung sind nicht besonders erfolgsversprechend und darüber hinaus auch (technisch und personell) äußerst beschränkt. Es ist richtig und wichtig rechtsradikale Strukturen und ihre Akteure physisch anzugreifen, und doch erscheint dies als ein Kampf gegen Windmühlen. Keine der diversen Großdemonstrationen dieses Jahres konnte ernsthaft verhindert werden, die Nazis immer und überall von der Straße und aus ihren Stützpunkten zu prügeln ist 1998 nichts anderes als ein frommer Wunsch.

Soziale Bewegung und Repression *Für die Unmöglichkeit, mit den in unseren Breitengraden üblichen, rein repressiven Mittel eine soziale Bewegung zu zerschlagen, gibt der Staat in seinem Kampf gegen verschiedene NSB der alten BRD unfreiwillig ein vorzügliches Lehrstück ab. Nehmen wir als Beispiele den Westberliner Häuserkampf von 1980-82 und den Kampf gegen die WAA-Wackersdorf 1985-88: In Wackersdorf prügelten 1985 SEK-Kommandos die Bauplatzbesetzung auseinander. Fast sämtliche Demonstrationen in den Jahren 1986/87 wurden von riesigen Polizei- und BGS-Aufgeboten brutal angegriffen, CS-Granaten aus Hubschraubern in die Menge gefeuert, tausende Menschen aus der Region Oberpfalz von Strafverfahren überzogen. Ergebnis: der Widerstand konnte weder isoliert noch gebrochen werden, der Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage wurde aufgegeben. Auch der auf dem Nährboden einer verfehlten (Kahlschlags-)Sanierung entstandene Westberliner Häuserkampf konnte durch reine Repression nicht zerschlagen werden. Trotz der Inkaufnahme von Toten (Klaus Jürgen Rattay), über 5.000 Ermittlungsverfahren und brutalen Polizeiattacken, brachten erst taktische Zugeständnisse des Senats und die dadurch ausgelöste Spaltung der Bewegung in Verhandler und Nichtverhandler allmählich den ersehnten Erfolg. Da sozialen Bewegungen immer real vorhandene gesellschaftliche Konflikte zugrunde liegen, die diese erst zuspitzen, bedarf es zur erfolgreichen Bekämpfung eben nicht nur der „großen Keule", die allzuleicht Ursache und Wirkung miteinander verwechselt, sondern der Isolation und Austrocknung. Das wiederum bedeutet, an den Wurzeln des „eigentlichen Problems", das der Bewegung nämlich erst Auftrieb und Substanz verliehen hat, mit verschiedenen Mitteln zu sägen und durch eigene Argumentations- und Handlungsmuster nachhaltig zu schwächen.*

Nach 1992/93 ist es nicht gelungen, eine antirassistische und antifaschistische „Bürgerrechtsrechtsbewegung" aufzubauen. Und nachwievor orientiert sich antifaschistisches Engagement vordergründig an humanistischen Werten und appelliert primär an ein schlechtes bürgerliches Gewissen, anstatt eine ernsthafte, eigenständige emanzipativ-sozialrevolutionäre Perspektive, im Gegensatz zum nationalrevolutionären, völkisch-antikapitalistischen Treiben der rechten Bewegung zu praktizieren. Sinnbildliches Beispiel: AntifaschisInnen verlassen nach kurzer Zeit Proteste gegen Sozialabbau, weil sich dort gar keine Nazis gezeigt haben und sie scheinbar nicht von Sozialabbau betroffen sind.

Der antifaschistische Recherchedienst leistet beständig hervorragende Arbeit, durchleuchtet die gegnerischen Strukturen und erstellt aktuelle Lagebilder, tatsächlich profitiert jedoch eher der Verfassungsschutz von diesen Erkenntnissen, als daß sie praktische und strategische Konsequenzen für die eigene Bewegung haben.

Der bislang weitreichendste Versuch geht schließlich in die Richtung, gesamtgesellschaftliche Bündnisse aller fortschrittlichen Kräfte zu schmieden und den Rechtsradikalismus gesellschaftlich zu isolieren. In letzter Konsequenz bedeutet aber die bisherige Art der Herangehensweise, im Zusammenspiel von Politik, Medien und Wirtschaft in regelmäßigen Abständen durch Bündnisdemonstrationen und Lichterketten Humanismus, religiöse Toleranz und Multikulturalismus im multinationalen Standort Deutschland zu manifestieren, anstatt eben diese „Deutschland G.m.b.H." grundsätzlich in Frage zu stellen und Schritt für Schritt zu demontieren. Ob das reicht?

Vielleicht sollte sich die Antifa von der Funktion als „Freiwillige Feuerwehr" unabhängiger machen und sich von der fixierten Rolle als (selbst-)marginalisierte Gegenbewegung endlich lösen. Erste wichtige Schritte in diese Richtung sind auf jeden Fall gesellschaftliche Bündnisse, wie sie etwa in Rostock und Leipzig („Bündnis gegen Rechts") bei allen Besonderheiten, deren erörterung den gegebenen Rahmen sprengen würden, geschlossen wurden. Mittelfristig bedeutet dies, integraler Bestandteil eines teilbereichsübergeifenden linken Bewegungsansatzes zu werden. Dreh- und Angelpunkt wäre eine emanzipative, sozialrevolutionär orientierte Strategie, die sich aus der Exklusivität des selbstbeschränkten Rahmens löst und mit allen fortschrittlichen Kräften an den sozialen Realitäten vor Ort ansetzt - sei es das Sozialamt, der Stadtteil, das Jugendzentrum oder alle sonstigen Schnittstellen gesellschaftlicher Konflikte. Die soziale Frage stellt sich für alle - auch für die Linke. Und für langfristig erfolgreiches antifaschistisches Engagement ganz besonders. Aber die radikale Linke gibt sich vor allem autistisch und droht sich vollends von der gesellschaftlichen Realität zu verabschieden, anstatt die Augen zu öffnen, das arrogante „wir-stehen-sowieso-außerhalb-der-Gesellschaft"-Spiel endlich aufzugeben und auf emanzipativ-sozialrevolutionäre Ansätze (die es in siebziger und achtziger Jahren eben auch gab) zurückzugreifen. Glücklicherweise bestimmen Ausnahmen die Regel - Stichwort: gemeinsam gegen Sozialabbau/Erwerbslosenproteste/kleinere stadtpolitische Bewegungen u.ä.) Nur so könnte eine echte Alternative zur „Neuen Mitte" von Bundeskanzler Schröder und dem völkisch-nationalrevolutionären Schrott der Rechtsradikalen aufgezeigt werden. Entgegen weitverbreiteter Ansicht steht rechtes Protestwahlverhalten eben nicht zwangsläufig für gefestigte rechte Einstellungen wie die Ergebnisse der Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt beweisen (im Wahlkreis 286 Magdeburg kam die DVU auf 2,4% im Ggs. zu 12,9% bei der Landtagswahl im April). Vorausgesetzt es besteht ein ernsthaftes Interesse, sich mit vielen Leuten das zu holen, was uns sowieso gehört, für die eigenen Positionen streitbar und kritikfähig zu sein, ist ein gemeinsames Engagement, das weder fürsorgerisch noch missionarisch ist, fast immer möglich. Dies hat sich jedenfalls bei verschiedenen bescheiden Ansätzen in der Praxis bewiesen. **Antifa heißt - die Soziale Frage stellen!**



Eine (nicht nur) Antifagruppe aus Ostberlin

RAF-Terroristin in der Türkei getötet?

Außenamt verlangt Aufklärung

ISTANBUL (güs). Bei Kämpfen im Südosten der Türkei ist eine deutsche PKK-Kämpferin getötet worden, bei der es sich unbestätigten Berichten zufolge um eine frühere RAF-Terroristin handeln könnte. Die PKK teilte nach Bericht des kurdischen Exilsenders Med-TV vom Freitag mit, ihre unter dem Decknamen Ronahi kämpfende Guerilla Andrea Wolf sei am 24. Oktober bei einem Gefecht in der ostanatolischen Provinz Van gefallen. Nach Recherchen der „FAZ" handelt es sich bei ihr um eine mutmaßliche RAF-Terroristin, die 1993 an dem Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis im hessischen Weiterstadt beteiligt gewesen sein soll. Die Bundesregierung bat in Ankara um Aufklärung, erhielt nach Angaben deutscher Diplomaten aber noch keine Antwort. Die mit Haftbefehl gesuchte Andrea Wolf ist seit mehreren Jahren untergetaucht und wurde schon seit längerem bei den kurdischen Rebellen in der Türkei vermutet. Der PKK-Propagandaflügel ERNK warf der türkischen Armee vor, Wolf erst nach der Gefangennahme „hingerichtet" zu haben. Die türkische Armee hatte schon vor einem Jahr eine deutsche PKK-Kämpferin festgenommen, die inzwischen zu 15jähriger Haft verurteilte Hamburgerin Eva Juhnke. Ein weiterer deutscher PKK-Kämpfer, Jörg Ulrich, wurde von einer nordirakischen Kurdenorganisation gefangengenommen.

RAF-Fahndung: Nix genaues weiß man nicht

Die bundesdeutschen Staatsschutzorgane fahnden seit vielen Jahren nach in die Illegalität abgetauchten angeblichen RAF-Mitgliedern. Tatsächlich aber hat man wohl nur wenig Ahnung, welche Frauen und Männer der im Frühjahr offiziell aufgelösten Roten Armee Fraktion angehör(t)en. Die *Süddeutsche Zeitung* zitierte am 29. Juli aus einem vertraulichen Papier des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), daß sich *"hinsichtlich der mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen RAF-Angehörigen Sabine-Elke Callsen, Andrea Klump, Barbara Meyer, Horst Ludwig Meyer (...) Zweifel an der tatsächlichen Zugehörigkeit zum Kreis der Illegalen ergeben"* hätten. Möglicherweise, so die Kölner Behörde in ihrer 38seitigen "Analyse", gehörten zum Zeitpunkt der RAF-Auflösung nur noch drei Personen dazu, nämlich Ernst-Volker Staub, Burkhard Garweg und Daniela Klette, aber auch das wisse man nicht so genau.

Indes werden alle oben Genannten weiterhin per gültigem Haftbefehl der Bundesanwaltschaft (BAW) wegen Mitgliedschaft in der RAF gesucht. Nach Auffassung der BAW, die seit 1985 keinen der RAF-Anschläge aufklären konnte, soll Sabine-Elke Callsen außerdem an einem Anschlag auf ein Gebäude und Andrea Klump am Attentat auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, beteiligt gewesen sein. Barbara Meyer wirft die BAW den Überfall auf einen Geldboten und Horst Ludwig Meyer den Anschlag auf den Siemens-Manager Karl-Heinz Beckurts vor.

Am 22. November 1996 hatte sich Christoph Seidler, *"Deutschlands meistgesuchter Top-Terrorist" (Der Spiegel)*, der zwölf Jahre lang wegen zahlreicher RAF-Aktionen, u.a. wegen des Anschlags auf Herrhausen 1989, gesucht wurde, der BAW gestellt. Da auch die Karlsruher StaatsschützerInnen inzwischen erhebliche Zweifel an ihren bisherigen "Ermittlungsergebnissen" bekommen hatten, wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt, Christoph Seidler noch im selben Tag wieder entlassen (vgl. *kassiber* 30, S. 52f.). Daß der nie RAF-Mitglied war, hatte im August 1996 auch Eva Haule, Gefangene aus der RAF, vor dem Ermittlungsrichter des BGH ausgesagt. Allerdings sei Chrsitoph Seidler nicht als einziger betroffen, vielmehr gebe es *"noch mehrere solcher Fälle"*.

Wie die AnalytikerInnen des BfV zu ihren Ergebnissen über vermeintliche RAF-Kader kommen, darüber legt die dokumentierte Untersuchung der letzten RAF-Schreibens beredtes Zeugnis ab. Die Auflösungserklärung, die von einem *"Redaktionskollektiv aus bisherigen Illegalen der RAF, ehemaligen Militanten der RAF"* sowie von Autonomen verfaßt worden sei, wurde hinsichtlich ihrer Diktion monatelang geprüft. Die VerfassungsschützerInnen verglichen sie mit ihrem Dokumentenbestand von über 16.000 Texten aus der militanten Linken, die im *Gewaltliteratur-Informationssystem* (Glins) gespeichert sind, und, siehe da, einige Wendungen in der Erklärung hätten Bezüge zu Ernst-Volker Staub erkennen lassen. Der verwende nämlich gern die Kombination von "gesellschaft" mit "Riß" (insgesamt acht Fundstellen) sowie die Formulierung "rund um den Globus" (17 Fundstellen) und den Begriff "paradoxerweise" (14 Fundstellen). Daß es an der Rechtsschreibung hapert - "Reflektion" statt "Reflexion", "existenziell" statt "existentiell" oder "Vorraussetzung" statt "Voraussetzung" -, deute hingegen nicht unbedingt auf Ernst-Volker Staub hin, sondern sei *"bereits als RAF-typisch"* zu bezeichnen.

Mangelnde Orthographiekenntnisse und autonomer bzw. antiimperialistischer Duktus als Kriterien lassen allerdings den Kreis der potentiell Verdächtigen in die Hunderte, wenn nicht Tausende gehen, wovon sich LeserInnen widerständiger Prosa nicht nur in der *radikal* oder *interim*, sondern auch in lokalen Blättern wie der hiesigen *Bambule* leicht überzeugen können. Generalbundesanwalt Kay Nehm, der bei einem Bremen-Besuch am 11. Mai ebenfalls zugestehen mußte, eigentlich nichts Genaues zu wissen, hofft denn auch, daß Gesuchte die Auflösungserklärung zum Anlaß nehmen, in die "bürgerliche Gesellschaft" zurückkehren zu wollen und dabei Hinweise auf TäterInnen geben: *"Ich setze auf die Geschwätzigkeit der Menschheit. Denn niemand kann ein Geheimnis längere Zeit für sich behalten."* (Weser-Kurier v. 12.5.1998)

kassiber okt. 98



Fahndungsplakat aus dem Jahr 1985: *"Zweifel an der tatsächlichen Zugehörigkeit"*

Infos vom Ermittlungsausschuß Ahaus

Erste Prozesse wegen dem Tag X in Ahaus

Tag X geht weiter! Der Kampf gegen die Atommafia hört nicht auf, wenn der CASTOR drin oder nicht drin ist, sondern ein Teil vom Widerstand ist immer auch die Anti-Repressionsarbeit!
Staatliche Repression soll uns einschüchtern, einzelne isolieren und den Widerstand spalten. Aber das passiert nur, wenn wir uns mit der Repression nicht auseinandersetzen und die Betroffenen alleine lassen.
Am **18. November 98** finden die ersten beiden Prozesse gegen DemonstrantInnen, die am Tag X in und um Ahaus festgenommen wurden, statt.
Einmal in **Münster,** Amtsgericht, Gebäude A, Raum 184, um 9.30 Uhr. Dem Menschen wird Verstoß gegen das Versammlungsgesetz ("Passive Bewaffnung", sprich Vermummung) vorgeworfen.
Der zweite Prozeß ist in **Dülmen**, Amtsgericht (Königswall 15), Raum 7, 11.15 Uhr. Der Vorwurf ist Nötigung.
Kommt haufenweise zu den Prozessen, unterstützt die Angeklagten, denn: Solidarität ist eine Waffe!

Da das mit Sicherheit nicht die einzigen Prozesse bleiben, brauchen wir wie immer ganz dringend Kohle, um die Betroffenen zu unterstützen: spendet, macht Soliparties, sammelt bei FreundInnen etc.

EA-Spendenkonto: EA Ahaus/Schwedler, Kto. 107 087 074, BLZ 400 501 50, Stadtsparkasse Münster

EA Ahaus, c/o Umweltzentrum,
Scharnhorststr. 57, 48151 Münster,
Tel. 0251- 52 11 12 (Mi 16-19 Uhr), Fax 53 89 797

Entwurf eines Positionspapiers gegen EU und WWG

1. Anlaß

2. Kapitalistische Ausbeutung weltweit
- a. Institutionen und Agenturen des internationalen Kapitals
  - *IWF*
  - *Weltbank*
  - *WTO/MAI*
- b. Der Werttransfer in die kapitalistischen Zentren
- c. Patriarchat
- d. Ökoimperialismus
- e. Rassistische Selektion, Rassismus der Metropolenbevölkerung, (patriarchale) Bevölkerungspolitik
- f. Krisenhaftigkeit des Prozesses

3. Triade, Regionalkonkurrenz, Bildung der EU als Ausdruck weltweiter kapitalistischer Konkurrenz
- *Großwirtschaftsräume/Triade*
- *Europäische Integration*

4. Aspekte der EU
- a. Herrschaftsstrategie des europäischen (dt./franz.) Kapitals
- b. Ökonomie, soziale Verelendung
- c. Ökologie, Natur, Technik
  - *Destruktivkräfte Gentechnik und Atomenergie*
  - *Agrarpolitik*
  - *Wasser, Boden, Klima*
  - *Europäische Verkehrspolitik*
- d. Rassismus und Bevölkerungspolitik
- e. Repression, Überwachung, europäische Innenpolitik
- f. Militär- und Kolonialpolitik
  - EU-Imperialismus
- g. Fazit

5. Subjekte; Widerstand, Bewegungen und die Rolle der konkreten Klassenkämpfe
- *Das 500jährige Reich*
- *Widerstand*

6. Gegenpositionen, Forderungen, „Werte"

An alle Gruppen, die hier in der BRD und in anderen Ländern die Freiheit für die politischen Gefangenen erreichen wollen:

Hallo,

im Juni 1999 findet in Köln der nächste Weltwirtschafts- und EU-Gipfel statt. Es gibt bereits erste Treffen um Gegenationen etc. vorzubereiten.
Wir wollen, daß die Situation der politischen Gefangenen in Europa und weltweit Teil der Mobilisierung wird.
Es sind beim WWG die Chefs der wichtigsten imperialistischen Staaten da, für derer Interessen überall auf der Welt Kriege geführt werden, emanzipatorische Bewegungen bekämpft werden und Menschen, die um Befreiung kämpfen, in Knäste und Lager gesperrt werden. Wir wollen dagegen unsere Soldarität mit den Gefangenen ausdrücken - sei es aus der MRTA in Peru, den palästinensischen Gefangenen, in der Türkei und Kurdistan oder den USA, Nigeria, usw.
In Bezug auf den EU-Gipfel geht es uns um die Situation und die Förderung der Gefangenen in Westeuropa: in Spanien und Euskadi die Forderungen nach Rückverlegung nahe der Heimatorte und nach Freilassung, in Italien, Belgien und Irland die Freiheitsforderung, in Frankreich die Forderung nach Zusmmenlegung der Gefangenen aus AD.
Unserer Gruppe liegt besonders am Herzen, daß die Vernichtungshaft, die der BRD-Staat an den Gefangenen aus der RAF praktiziert, endlich aufhört. Das kann nach den langen Jahren der Sonderhaftbedingungen nur bedeuten, daß sie sofort freikommen. Oberlandesgerichte und Bundesanwaltschaft legten in der letzten Zeit bei einigen Gefangenen aus der RAF fest, wann frühestens eine Freilassung in Betracht kommen soll. Bei Christian Klar nach 26 Jahren, bei Sieglinde Hofmann nach 19 Jahren, bei Rolf Heißler nach 22 Jahren, bei Heidi Schulz nach 18 Jahren, bei Brigitte Mohnhaupt nach 24 Jahren, bei Stefan Wisnewski nach über 20 Jahren.
Sieglinde Hofmann (wird wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres nach 19 Jahren entlassen) und Heidi Schulz sind im Knast in Köln-Ossendorf. Deshalb ist unser Vorschlag, dort eine internationale Knastkundgebung zu machen.
Gut fänden wir es auch, zusammen mit KurdInnen zum Kölner Knast zu gehen, da dort immer KurdInnen sitzen. Die Situation in den Knästen überhaupt und die Situation von sozialen Gefangenen, die sich wehren, soll auch Thema sein.
Außerdem könnten wir auf der geplanten Großdemo einen Block bilden.

Bitte gebt uns Rückmeldungen, was ihr davon haltet, ob ihr mitorganisieren wollt oder andere Ideen habt...vielleicht habt ihr auch Kontakte zu Gruppen, die politische Gefangene unterstützen und die wir nicht kennen...

Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen
c/o Infoladen
Ludolf-Camphausenstr.36
50672 Köln

Universitätsstraße 16
50937 Köln

Tel: (0221) 470-2992
Fax: (0221) 470-5071



Nr. 4 Oktober '98

Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln
c/o *Antifaschismusreferat* im AStA der Universität Köln

Protokoll des 4. bundesweiten linksradikalen Anti-EU-/und Weltwirtschaftsgipfel-Vorbereitungstreffens vom 5. September 1998 in Köln

Anwesende: Es nahmen u.a. VertreterInnen von folgenden Gruppen teil: Antifaschistische Aktion Berlin, Antifa Mosel/Koblenz, Antirepressionsreferat AStA Uni Bonn, Infoladen Anschlag Bielefeld, Antifaschismusreferat AStA Uni Bielefeld, Antirassismusprojekt AStA Uni Saarbrücken, MAI-Gruppe Frankfurt, Infocafe „Augusta & Moritz" (Gelsenkirchen), Stadtteilbüro Zeche Carl (Essen), Antifa Bonn, SSK Köln, Antifaschismusreferat AStA Uni Köln, Anti-Euthanasiegruppe Köln, Alternative Liste Uni Köln, Ökologische Linke – BundessprecherInnenrat/Wiesbaden, Erwerbslosengruppe Bonn, Rote Hilfe Bundesvorstand, A.L.I. Langenfeld, Anti EU/-WWG-AG Infoladen Köln, AntiGen Köln, Perspektive Bremen.

Weil eine Reihe von GenossInnen neu zum bundesweiten Treffen dazugekommen sind, fiel der Informationsteil über den Stand der Planung der verschiedenen politischen Spektren (die NGOs des sogenannten „Antoniterkirchentreffs" und Kirchen/Erlaßjahr; linksradikale Mobilisierung) etwas extensiver aus. *(Da einiges davon inzwischen überholt ist, spare ich mir die Wiedergabe und verweise auf die entsprechenden Texte im beiliegenden Vorabdruck des Kölner Anti-Gipfel-Infos).* Die KölnerInnen, die an den diversen kirchlichen und NGO-Treffen als BeobachterInnen teilgenommen haben, äußerten die dezidierte Auffassung, daß dort andere Ziele (z. T. pro-IWF und ausdrücklich pro-EU), konträre Aktionsformen und Bündnispolitik dominieren. Die Konsequenz könne nur sein, eigenständig zu agieren und zum gegebenen Zeitpunkt zu überprüfen, wo es eventuelle Absprachen über gemeinsame Aktionen geben kann. Das sei auch auf lokaler Ebene schon früh klar gewesen. VertreterInnen der AAB sehen hingegen ein gewisses Potential dafür, die Ausrichtung der NGOs zu beeinflussen. Darum sei es den Versuch wert, Einfluß auf die Diskussionen im Antoniterkirchentreffen zu nehmen. Ein Vertreter der Roten Hilfe, der auch am WWG München/EU-Gipfel beteiligt war, bestätigte die Auffassung, daß die gleichen Inkompatibilitäten mit Gruppen wie WEED vorhanden sind, deren Arbeit sich in ExpertInnentagungen und Politikberatung erschöpft. In München sei WEED gegenüber dem linksradikalen Kongreß eine Randerscheinung geblieben. Die Situation sei heute anders und mensch müsse aufpassen, daß solche Organisationen nicht zuviel Terrain besetzen. Die Linksradikalen müßten aktiv agieren und eigenständig.

Städteberichte

Das **Linksradikale Anti-EU-/WWG-Plenum Köln** arbeitet seit März 98 mit Schwerpunkt EU zu beiden Gipfeln, bereitet die Demos am 5.6. bzw. 19.6. mit vor, macht Veranstaltungen im Vorlauf des Anti-EU-Kongreß und gibt ein Info heraus. Das Kölner Treffen im Allerweltshaus sei zu unverbindlich, thematisch eingeschränkt auf die WWG-Demo, beschränke seine Kapitalismuskritik auf die „Neoliberalismus"- Ideologie, eiere auf den NGO-Treffen herum und sei offen auch für Leute, die ausdrücklich gegen linksradikale Demos eingestellt sind. Das Plenum nimmt trotzdem an deren Treffen teil.

Infoladen-AG Köln: Es soll eine Filmreihe laufen und eine mailing-liste aufgebaut werden. Die AG nimmt ebenfalls an den o. e. Treffen teil.

Bonn: ILA, Antifa und Einzelpersonen arbeiten zusammen. Es sollen ab 1/99 regelmäßige Veranstaltungen bis zu den Gipfeln laufen.

Die **MAI-AG Frankfurt** ist eine kleine Gruppe, die sich mit think-tanks und Institutionen der EU beschäftigt. Frankfurtweit „ist was im Gespräch".

Berlin: Es gibt ein linksradikales Treffen in der Stadt, an dem bisher Venceremos, AAB, Euromarsch u. a. teilnehmen. Ende Oktober soll ein Auftaktkongreß durchgeführt werden mit dem Aufhänger „10 Jahre IWF". Themen sind u. a. Nationalismus, MAI, Innere Sicherheit, Soziale Frage, Entstehung des Euro. Leute von den letzten Gipfeln in Essen, München, Amsterdam sollen teilnehmen.

Die **AA/BO** will ein internationales organisieren, um einen europaweiten Antifablock auf der Demo zu bilden. Anfang Mai 99 soll in Berlin ein ***„Libertad!"***-Kongreß stattfinden.

Die **Rote Hilfe** möchte zusammen mit *Libertad!* beim Anti-EU-Kongreß eine AG Repression durchführen und die Arbeit des lokalen EA während des Gipfels unterstützen. Anregung: ReferentInnenaustausch und eventuell Veranstaltungsreihen überregional organisieren.

Bielefeld hat weiterhin Interesse an einem Anti-EU-Kongreß und plant vor Ort Anti-EU-Infocafes, u. a. mit „sans-papiers" o. ä. Themen.

Positionspapier des linksradikalen bundesweiten Bündnisses gegen die Gipfel 99

Beim letzten bundesweiten Treffen am 27. Juni waren ein EU-Kongreß-Papier des Infoladen Anschlag (Bielefeld) und die Kölner „10 Thesen zum WWG" intensiv und – was insbesondere einige Einschätzungen des Bielefelder Papiers betrifft – sehr kontrovers diskutiert worden. Genannt sei hier stellvertretend die Bestimmung des Verhältnisses zu sozialen Bewegungen, die partikulare Reformziele haben; die Vereinbarkeit einer Anti-EU-Position und der reformistischen Herangehensweise z. B. von Euromarsch bezogen auf Beschäftigungsprogramme des Jospin-Frankreichs.

Das Positionspapier soll

- 1. einem internen Klärungsprozeß dienlich sein (also eine Art „Plattform" bereitstellen, die auch abgrenzt)
- 2. zur genaueren Bestimmung der Ausrichtung der linksradikalen Aktivitäten dienen (Kongreß, Demokonzept, Grundlage für Aufruf(e) und
- 3. zur Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden.

Klar ist, daß ein Positionspapier mit einem Dutzend Seiten im Laufe der Diskussion sprachlich, vom Volumen her und von der Themengewichtung her intensiv bearbei-

tet werden wird für diese verschiedenen Anwendungen. Das geplante Redaktionstreffen für dieses Positionspapier kam wegen der Sommerpause leider nicht zustande. Eine überregionale AG der Ökologischen Linken hatte aber für dieses (nicht stattgefundene) Redaktionstreffen einen Entwurf erarbeitet, der natürlich erst einmal nur den Diskussionstand in der Organisation wiedergibt und der auf dem Treffen am 5. September ausgeteilt wurde.
Weitere Vorgehensweise: Die bisher Beteiligten/Interessierten, d. h. GenossInnen aus Bremen, Bielefeld, Köln und Wiesbaden holen die Redaktionssitzung nach *(hat am 27.10. in Köln stattgefunden)* und legen einen diskussionsfähigen Entwurf vor.

Internationale Diskussion

Es gibt den Anspruch, an der linksradikalen Vorbereitung auch internationale Zusammenhänge zu beteiligen. Das sollte natürlich nicht heißen, daß mit eigenen Entscheidungen so lange gewartet wird, bis irgendwann einmal internationale Diskussionszusammenhänge entstanden sind. Wenn überhaupt, dann entstehen sie momentan eher über themenorientierte Ansätze, z. B. beim WWG 92 die Initiative *Libertad!* und die weltweite Kooperation von Menschen, die sich für sozialrevolutionäre politische Gefangene einsetzen. Erst einmal sollte die inhaltliche Diskussion weitergetrieben werden, um international wahrnehmbare Äußerungen vorweisen zu können.
Der praktische erste Schritt, der von diesem Treffen ausgeht ist, die bisherigen Texte international zugänglich zu machen. Der Infoladen Köln will sie (bzw. eine Liste der vorhandenen Texte) in seine Internet-Seite einstellen und bei Bedarf/Nachfrage versuchen, sie in verschiedene Sprachen übersetzen zu lassen.

EU-Gipfel oder WWG als Mobilisierungsschwerpunkt?!

Thematisch stand auf den bisherigen drei Treffen der EU-Gipfel im Zentrum der Mobilisierungsvorbereitungen, und zwar aus:

- politischen Gründen

- Es wird eine direkte Herrschaft durch einen supranationalen Staatsapparat ausgebaut.
- die bisherigen Klärungsprozesse bei den bundesweiten Treffen zielten auf die EU ab und daran sollte auch weitergemacht werden.
- Der WWG trifft immer unverbindlichere Absprachen und wird zur Clearingstelle der regionalen imperialistischen Zusammenschlüsse.

- pragmatischen Gründen

- Niemand plant einen Kongreß zum EU-Gipfel, die NGOs konzentrieren sich traditionell auf den WWG.
- die (bisher faktisch nur von lokalen Gruppen getragene) Demo am 19.6. ist bei den NGOs nicht sehr gelitten. Mit einer Demo käme mensch den Kirchen ins Gehege, die bereits die Kölner Innenstadt für ihre Menschenkette beantragt haben.
- Die Demo am 5. Juni wird auf jeden Fall größer werden, weil auch andere Spektren auf diesen Zeitpunkt orientieren (Euromarsch, LiRa/ASten).

Die Diskussion wurde noch einmal neu eröffnet; in Stichworten:
Bielefeld: Die EU ist wichtiger, weil hier internationale Projekte von Widerstand eher möglich sei und weil eine direkte Formierung von Herrschaft stattfinde. Der weltweite Zusammenhang könne am Beispiel der immer noch existierenden EU-Kolonien thematisiert werden. Es gebe ein größeres Defizit an EU-Kritik als an WWG-Kritik.
Gelsenkirchen: Der EU-Gipfel sei wichtiger. Grundlegende EU-Kritik sei von dem „WWG"/NGO-Spektrum nicht zu erwarten, es bleibe dann eine von Teilen dieses Spektrums (wie z. B. WEED, Grüne) eine gerngesehene Leerstelle.
Bremen: Siehts genauso, will aber den WWG nicht ganz auslassen. Eine mögliche Verbindung wäre durch die Widerstandscamps machbar.
Antifareferat Köln: Die aktuelle Form der Organisation weltweiter kapitalistischer Herrschaft sei die miteinander konkurrierende Triade. Herrschaftsinstitutionen werden in der EU fester; dort liege eine direkte dominierende Einbindung des BRD-Imperialismus, des „Hauptfeinds im eigenen Land" statt. Die G-7 falle eher auseinander.
AAB: Man ist noch unentschlossen. Pragmatische Gründe sprächen auch für den WWG, weil er die Möglichkeit zu einem „Knaller am Schluß" gebe. Klar scheine, daß das linksradikale Spektrum nur zu einer Demo innerhalb von 14 Tagen nach Köln kommen werde, mensch müsse sich entscheiden.
Infoladen AG Köln: Die Allerweltshaus-Treffen haben die WWG-Demo am 19.6. zum Gegenstand, über die EU sei bislang noch nicht diskutiert worden. Davon abgesehen brauche es Hilfe von außen, weil die NGOs tendentiell kein Interesse an einer Demo am WWG haben.
Linksradikales Plenum Köln: Das „Knaller"-Argument sei eher eins für den ersten Termin, weil sich dann 14 Tage lang alle anderen darauf beziehen müßten. Das Problem der zusätzlichen Demo am 19. Juni sei nicht wirklich eines – die KölnerInnen gehen zu beiden. Die Gipfel sind eine bundesweite Aktion und danach solle sich auch die lokale Arbeit richten.
Bielefeld: Aus den Äußerungen den Anwesenden komme klar die Priorität für den ersten Termin hervor. ***Vorschlag: Die Konzentration liegt auf dem EU-Gipfel, der WWG soll begleitend behandelt werden.***

Dies bestätigte sich auch in einem Rundlauf unter den Anwesenden, wobei die AAB sich noch nicht entschieden hat. Als Vorschlag für den Umgang mit dem 2. Termin werden ***dezentrale bundesweite Aktionstage und am 19. Juni eine kleinere Demo in Köln*** vorgeschlagen. Auf dem nächsten bundesweiten linksradikalen Treffen am 31.10. muß eine definitive Entscheidung über den terminlichen und thematischen Mobilisierungsschwerpunkt getroffen werden. Danach muß auch die Erstellung von Plakaten und Logos beginnen (Entwürfe schon auf dem Oktobertermin wären nett!).

Alle interessierten Gruppen mögen am 31.10. bitte mit einem klaren Votum nach Köln kommen: EU-Gipfel oder WWG als Schwerpunkt bzw. EU-Gipfel als Schwerpunkt und Aktionstage während des WWG (& kleinere Demo)

Anti-EU-Kongreß

Gelsenkirchen: Ein Kongreß solle an vorhandenen sozialen Bewegungen anknüpfen, die europaweit agieren. Eine revolutionäre Perspektive sei nicht abstrakt zu bestimmen, sondern aus der Auseinandersetzung mit den Bewegungen zu entwickeln. Wenn auf dem Kongreß nur linksradikale Kleinstgruppen miteinander diskutierten, bleibe es a) klein, b) langweilig. Die Entscheidung sei, entweder eine Plattform zu bestimmen, auf die sich die Leute stellen oder ein europaweites Zusammenbringen von Basisbewegungen

Bremen: Revolutionäre Kräfte müßten an gesellschaftlich relevanten Gruppen anknüpfen.

Euromarsch Köln: Gruppen wie sans-papier, die „autonome" französische Gewerkschaft SUD, linke Betriebsnetze seien ansprechbar. Revolutionäre Kräfte gebe es in Europa nicht. Es gebe auch keine festen Kriterien für „revolutionäre Politik."

Koblenz: Natürlich gebe es Kriterien für revolutionäre Politik, z. B. den Antikapitalismus, die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols usw. Diese Achsen müßten erst einmal bestimmt werden und dann geschaut werden, wer entlang dieser Kriterien Politik mache. Es gehe doch natürlich nicht darum, daß irgendwelche „Basisleute" nicht mitdiskutieren dürften, sondern gegen Beliebigkeit. Eine nüchterne Betrachtungsweise sei angebracht: Es sei ein auch empirisch vielfach widerlegter Irrglaube, daß sich aus Basis- und Ein-Punkt-Bewegungen revolutionäre Kräfte bildeten, die dann das System kippen. Das mache soziale Bewegungen nicht überflüssig, aber z. B. trotz aller guten Dinge, die „Kein Mensch ist illegal" mache: Die Kampagne sei nicht für „Grenzen auf" und „Bleiberecht für alle" usw.

Anti-Euthanasiegruppe Köln: Thematisch sei eine Auseinandersetzung mit Bioethik, Gentechnik, der Verwertung des menschlichen Körpers wichtig und ein handfestes EU-Politikfeld. Pro-Bioethik- oder wackelige Kontra-Leute wolle mensch nicht auf dem Kongreß haben. Auch für viele Linke sei „Nachhilfe" bei diesem Thema nötig, u. a. auch unter feministischen Aspekten. Das Thema sei ein Beispiel dafür, daß gerade nicht das gemacht werden sollte, was die auf diesem Gebiet ja auch vorhandene europaweite Bewegung tue und sage, sondern dazu konträres (z. B. gebe es relevante Kräfte, die mit der „Schöpfung" argumentieren oder die „spirituelle Frauennetze gegen Gentech" webten" und anderer Eso-Müll.

BSR Ökologische Linke: Es sei Quatsch, immer nur auf massenrelevante Kräfte zu schielen. Gesellschaftlich relevant sei z. B. die CDU. Die Linken schwinden in den letzten 20 Jahren dahin, weil sie den Fehler begingen, sich aus Furcht vor Isolation immer nur an andere dranzuhängen und revolutionäre Inhalte verloren gingen.

Euromarsch Köln: Natürlich müsse die Linke außerhalb der Bewegung stehen, damit sie sie vorantreiben könne.

Gelsenkirchen: Es gebe sinnvolle Bewegungen, die objektiv einen Bezug zur EU-Formierung haben, aber subjektiv noch nicht. Ihnen gegenüber müsse aufgezeigt werden, was ihr „Problem" mit der EU zu tun habe und warum eine Grundsatzkritik nötig sei. Man müsse differenzieren zwischen diffusen Bewegungen mit Gemengelage (z. B. Anti-AKW, Anti-Gentech, Euromarsch) und ideologischen Positionen, die klar ausformuliert seien (z. B. Existenzgeld-Konzept).

Der Kongreß 94 in Essen war ein auf die BRD bezogener Versuch, Grüne/PDS/BuKo auf eine gemeinsame Anti-EU-Position zu bringen. Der sei gescheitert; PDS/Grüne seien inzwischen gekippt. Jetzt wäre das Problem für einen Kongreß: EU-Europa formiert sich, aber der Widerstand bleibt partikular und national (diese Kritik an seiner Borniertheit sei berechtigt).

Bonn: Es sollte keine reformistische Plattform (z. B. mit Grünen, DGB etc.) gebildet werden. Aber Positionen von nichtrevolutionären Bewegungen sollten mit einbezogen werden. Das dürfe allerdings nicht in Beliebigkeit ausarten, sondern es müsse vorab eine stringente Debattenplanung stattfinden. Der aktuelle Gegensatz ließe sich vielleicht auflösen durch eine konkrete Diskussion über möglicherweise einzuladende ReferentInnen).

Bielefeld: Die EU ist ein imperialistisches Projekt, das die Lebensverhältnisse massenhaft beeinträchtigt. Relevante Gegenkräfte dazu seien nicht vorhanden und da, wo linke Politik laufe, sei sie fast nur in nichtrevolutionären Zusammenhängen tätig. Die Linke sei real dazu gezwungen, in manchmal recht „bescheuerten" Zusammenhängen zu agieren. „Außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse stellen", Antagonismus sein - wollen wir das durch die „wahre Lehre" oder in der Praxis?!

Wiesbaden: Die Kontroverse sei nicht die, ob mensch „die Leute da abholen soll, wo sie sind", sondern die Leute sollen sich so mündig verhalten, daß sie von sich aus kommen (weil sie z. B. auch unzufrieden mit ihren Bewegungen sind). Es sei falsch von der Linken, Veranstaltungen zu machen für andere, weniger antagonistisch Denkende/Handelnde. Wenn sie auf sie zugehen, verlören die Linken an Aussagekraft, würden verschwommen. Zudem unterstellte man den Leuten Unmündigkeit, weil man davon ausgehe, daß sie sowieso nur einen kleinen Teil dessen verstehen (wollten), was unsere Ziele sind. Deswegen mute man ihnen antiemanzipatorischerweise weniger zu.

Resüme: Die wirklichen oder unterstellten Widersprüche lassen sich anhand des Positionspapiers besser klären. Die in der Debatte am stärksten gegeneinander diskutierten Auffassungen sind in der Redaktion Vertretern und können diese Kontroverse für das nächste Gesamttreffen vorstrukturieren.

Organisatorisches

Das Linksradikale Anti-EU-/WWG-Plenum Köln (c/o Antifaschismusreferat im AStA Uni Köln) soll weiterhin Kontaktadresse für die bundesweiten linksradikalen Treffen sein. Aufgaben sind:
- Kontakte halten, Anfragen erledigen
- Verwaltung des Verteilers (z. Zt. ca. 120 Adressen. Der Bezug des Rundbriefs ist bis auf Widerruf kostenlos. Ab einer gewissen Dimension werden Kosten umgelegt werden müssen. Der Rundbrief soll an alle verschickt werden, die ihn anfragen.
- Es gibt eine Internet-Seite im AStA, über die alle Texte und Termine zugänglich sind.

(Nach den persönlichen Notizen von Dieter Asselhoven zusammengestellt)

EXPO NO
– denn die Welt sieht anders aus!



Im Jahr 2000 soll in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 stattfinden. Als die Idee dazu Ende der 80er Jahre vorgestellt wurde, standen noch die lokalen Kapitalinteressen der hannoverschen »Deutsche Messe AG« im Vordergrund. Das Projekt sollte ein immenses Wirtschaftsförderungsprogramm werden, das der Messe AG in kürzester Zeit den Ausbau und die Modernisierung ihres Messegeländes und der Verkehrsinfrastruktur bringen sollte, um im Konkurrenzkampf der Messestandorte weiter eine der ersten Geigen spielen zu können. Ein Konzept, das sich nicht nur auf das Messegelände selbst beschränkte, sondern in Hannover immer wieder Motor und Argument war, um die gewünschte Stadtumstrukturierung im Sinne der derzeit überall dominierenden Standortlogik zu forcieren. Heute ist die EXPO weit mehr als eine der üblichen Großveranstaltungen: Wir sehen in der EXPO 2000 eine groß angelegte Propagandashow zur Durchsetzung der Zukunftsentwürfe der Herrschenden, die nicht nur uns rund um Hannover angeht, sondern alle, die sich mit der bestehenden Weltordnung immer noch nicht abfinden wollen und Widerstand dagegen leisten.

Als offenes Anti-EXPO-Bündnis von Gruppen und einzelnen Leuten aus Hannover, Bremen, Hildesheim und Wunstorf wollen wir nun mit diesem Papier unsere Einschätzungen zur EXPO zur Diskussion stellen und andere auffordern, sich an der Neuformierung des Widerstands gegen dieses Projekt zu beteiligen.

1

Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 präsentieren sich Regierungen von mehr als 170 Staaten in sog. »Länderpavillons«, Großunternehmen zum Teil ebenfalls mit eigenen Pavillons sowie internationale Organisationen (EU, UNO, Rotes Kreuz, ...). Veranstalterin der EXPO 2000 ist die Bundesregierung, Vorbereitung und Durchführung wurde an die eigens gegründete EXPO 2000 GmbH übertragen. Auf fünf der zehn Sessel im Aufsichtsrat der EXPO GmbH sitzen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die restlichen fünf teilen sich Vertreter der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen, der Stadt Hannover und ein Gewerkschaftsfunktionär. Unter dem Motto »Mensch–Natur–Technik« soll den erwarteten 20 Millionen BesucherInnen v. a. in einem sogenannten Themenpark *»Lust auf Zukunft«* gemacht werden. Über Hannover hinaus sollen die EXPO-Inhalte erstmals auch durch sog. »Dezentrale Projekte« in Niedersachsen, der BRD und weltweit verbreitet werden. Die damit einbezogenen Projekte haben sich – wie alle anderen EXPO-Beiträge auch – an der Nachhaltigkeitskonzeption der Agenda 21 zu orientieren und sollen für eine breite Akzeptanz und einen zusätzlichen grünen Anstrich der Großveranstaltung sorgen. Angesprochen werden sollen durch die EXPO vor allem Kinder und Jugendliche, die für die Problemsicht der Herrschenden und die präsentierte Technik gewonnen werden sollen.

Tatsächlich ist die EXPO 2000, wie auch schon die erste Weltausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der »industriellen Revolution« und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Bei Weltausstellungen geht es darum, Fortschrittsglauben zu verbreiten und Identifikation mit dem Kulturverständnis der Mächtigen zu festigen. Früh in der Geschichte der EXPOs wurde von den MacherInnen erkannt, daß die Präsentation technischer Neuerungen allein nicht ausreicht, sondern zur Akzeptanzschaffung ideologisch untermauert werden muß. Ein recht passendes Beispiel dafür ist das Motto der Weltausstellung in Brüssel 1958, *»Bilanz der Welt für eine menschlichere Welt«*. Mit dem Wahrzeichen des Atomiums wurde damals für die »friedliche« Nutzung der Atomenergie geworben, so wie heute in Hannover unter dem Vorzeichen der Agenda 21 für die Gentechnologie geworben wird. So kann es kaum verwundern, daß als Wahrzeichen der EXPO 2000 eine riesige Darstellung des menschlichen DNS-Strangs in der Diskussion war.

2

Inhalte der EXPO 2000

Die EXPO hat sich nichts geringeres vorgenommen, als »Lösungen« für die »globalen Probleme« wie Armut, Hunger und Umweltzerstörung zu präsentieren: *»Die EXPO 2000 [...] soll an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter ein völkerverbindendes Signal für die Menschen setzen. Ein Signal dafür, daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen. Wege, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung finden können und zugleich künftig das Gleichgewicht des globalen Ökosystems besser gewährleisten und das friedliche Miteinander nicht gefährden.«* (EXPO GmbH 1995)
Probleme, Wege und Lösungen sollen vor allem im Themenpark präsentiert werden, der in die Themenschwerpunkte *»Der Mensch«*, *»Umwelt: Landschaft, Klima«*, *»Basic Human Needs«*, *»Die Ernährung«*, *»Die Gesundheit«*, *»Die Energie«*, *»Die Mobilität«*, *»Die Zukunft der Arbeit«*, *»Wissen: Informationen, Kommunikation«*, *»Die Zukunft der Vergangenheit«* und *»Das 21. Jahrhundert«* untergliedert ist. Die Konzeptionen hierfür wurden von LobbyistInnen vor allem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelt. Mit allen Bereichen soll dieselbe Botschaft transportiert werden: Es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus; nur durch »Globalisierung«, »Liberalisierung«

und »freien Welthandel« ließen sich die Probleme der Welt lösen. Die alle Widersprüche glättende Strategie, um diese Botschaft durchzusetzen, heißt »Nachhaltige Entwicklung«.

Alleskleber »Nachhaltige Entwicklung«

Zentrales Werk der »Nachhaltigen Entwicklung« ist die Agenda 21. Diese haben die EXPO-MacherInnen – händeringend auf der Suche nach Inhalten, die diese Mammutschau rechtfertigen – erst relativ spät, nämlich 1994, für sich entdeckt. Die Agenda 21 ist das »Aktionsprogramm«, das als Ergebnis der UN-Umweltkonferenz in Rio 1992 beschlossen wurde.

»Nachhaltige Entwicklung« wird in diesem UN-Bericht als Entwicklung definiert, *»die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.«* Das Konzept behauptet, es wäre möglich, gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Ressourcenschonung und den Abbau der weltweiten sozialen Ungleichheiten zu erreichen – selbstverständlich unter Beibehaltung bzw. durch die Intensivierung der bestehenden patriarchal-kapitalistischen Weltordnung. Tatsächlich ist Nachhaltige Entwicklung ein von oben betriebenes Programm zur Modernisierung der Herrschaftsverhältnisse.

»Alle in einem Boot«

In den Konzepten zur »Nachhaltigen Entwicklung«, die von der EXPO übernommen werden, sind Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Norden und Süden ausgeblendet. Es wird ein Weltbild frei von Interessengegensätzen konstruiert. Die Botschaft lautet: Wir sitzen alle in einem Boot. Über diese Strategie und aufgebauten moralischen Druck werden KritikerInnen zur Mitarbeit am kapitalistischen Weltrettungskonzept, zu dem es keine Alternative gäbe, genötigt: Eine »Ethik globaler Verantwortung« zwinge uns alle an die Bootsriemen und zum Rudern in die eine Richtung. Verantwortlich für die Probleme seien irgendwie »wir alle«, und wer sich weigere mitzurudern, mache sich schuldig am Weltuntergang.

Nach dieser Logik können die Ursachen für Armut, Hunger, Kriege und Umweltzerstörung auch nicht in rassistischer und patriarchaler Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Umwelt liegen. Als Ursache für all diese Probleme wird im nachhaltigen Weltbild und den Broschüren der EXPO GmbH statt dessen einmal mehr die Legende von der »Bevölkerungsexplosion« in den armen Ländern des Südens bemüht. Da offensichtlich repressive Bevölkerungskontrollmaßnahmen zunehmend am Widerstand betroffener Frauen scheitern, werden Kontrollmaßnahmen heute subtiler unter dem Stichwort »Empowerment«, d. h. als (scheinbare) Stärkung der Rolle der Frauen verkauft: Die Experten wollen Frauen den Zugang zu Bildung und Erwerbsquellen v. a. deshalb verschaffen, weil Bildung und Wohlstand – nach westlichem Vorbild – die »Geburtenraten« senkten. Die Mittel werden modernisiert, der technokratische Zugriff, der Menschen nur als Zahlen wahrnimmt, bleibt der gleiche.

Das gesamte Konzept »Nachhaltige Entwicklung« ist geprägt von solchen patriarchalen Rollenzuschreibungen: Männer entwerfen Weltrettungspläne, definieren sich als Experten, die die Lage dank modernster Technologien weltweit »im Griff« haben und den technologischen Zugriff auf die Welt per »Effizienzrevolution« optimieren. Frauen haben zu funktionieren: indem sie im Norden artig den von Männern ersonnenen Müll sortieren, damit die kostbaren Ressourcen nicht im privaten Konsum verschwendet werden, sondern der Industrie zur profitableren Ausbeutung zur Verfügung stehen, und indem sie im Trikont dafür sorgen, daß das zum zentralen Problem bestimmte »Bevölkerungswachstum« ein Ende habe.

»Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit«

Im übrigen lägen die Probleme daran, daß die angeblich zu vielen Menschen in den »Entwicklungsländern« mit veralteter, »nicht nachhaltiger« Technologie wirtschafteten. Hier setzt der Norden mit seiner vermeintlichen Lösungskompetenz an. Westliche Industrienationen und Multinationale Konzerne entdecken ihre »internationale Verantwortung«, belehren den »unvernünftigen« Süden – und mehren durch »Technologietransfer« ihre Profite. Bio- und Gentechnologie sei notwendig, um die Nahrungsmittelerzeugung sicherzustellen, Atomtechnik sei erforderlich, um den wachsenden Energiebedarf zu decken und die »Klimakatastrophe« zu verhindern, und die Informations- und Kommunikationstechnologien werden als einzige Mittel dargestellt, um die angeblich »zunehmende Komplexität der Probleme« bewältigen zu können.

Dementsprechend und um ihren weltweiten Führungsanspruch zu unterstreichen, will die deutsche Wirtschaft auf der EXPO um Technikakzeptanz werben. So sollten an der EXPO beteiligte Firmen
»1. Problembewußtsein, z. B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch
2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß
3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit
4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.
Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden.« (EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft 1995).

Diese Aussage verdeutlicht beispielhaft den strategischen Umgang der Mächtigen mit dem Konzept der »Nachhaltigen Entwicklung«: Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die *»Schwelle zum 3. Jahrtausend«* zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit auf einer Weltausstellung geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die – wohlgemerkt selbst

definierten – Probleme gleich mit? Ziel dieser ganzen Bemühungen bleibt jedoch nach wie vor, die Profite zu maximieren und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durch die scheinbare Integration aller Widersprüche zu stabilisieren.

»Vision: Weltfrieden durch Welthandel«

Auch weiterhin wollen sich die Industrienationen und international operierenden Konzerne den ungehinderten Zugriff auf Menschen und Umweltressourcen sichern. Von den Ländern im Trikont und den ehemaligen »sozialistischen« Staaten wird die Bereitschaft verlangt, sich den Weltmarktstrukturen zu unterwerfen. Versprochen wird ihnen, am Wohlstand und »Entwicklungs«vorsprung des Nordens teilhaben zu können. Westliches Kultur- und Demokratieverständnis wird zum Maßstab und zur Bedingung für das Existenzrecht.

»Globalisierung« und »Liberalisierung des Welthandels« sollen angeblich dazu führen, daß »immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben« können. Die EXPO-MacherInnen verbreiten diese Ideologie über die Formel *»Weltfrieden durch Welthandel«* (EXPO GmbH 1997). Dem Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip soll weltweit mit Nachdruck bis in die letzten geographischen und gesellschaftlichen Bereiche zur Durchsetzung verholfen werden. Die neoliberale »Modernisierung« des Kapitalismus wird angepriesen als Lösung der (durch den Kapitalismus verursachten) Probleme.

Entgegen dieser Darstellung nehmen die Gegensätze zwischen Arm und Reich immer dramatischere Formen an. Die Ausbeutungsstrukturen, die im Kolonialismus begründet wurden, haben weiterhin Bestand und bilden die Grundlage der weltweiten Ungleichheiten. Auf Basis dieser Ungleichheit kommt jeder Region – gemäß ihrem »Standortprofil« – eine Funktion innerhalb der weltweiten Arbeitsteilung zu. Die kapitalistische Systematik wird immer eine (abhängige) Peripherie benötigen, die Rohstoffe und billige Arbeitskraft liefert.

"Gelebte Menschlichkeit"

Die verstärkte Durchsetzung des Konkurrenzprinzips und die sich daraus ergebende »Standortlogik« hat veränderte Formen der staatlichen Politik auch in den Metropolen zur Folge: An die Stelle des Befriedungsinstruments »Sozialstaat« tritt zunehmend der »Repressionsstaat«. Um Leistungsbereitschaft zu erzeugen, wird die Entsolidarisierung der Menschen nach rassistischem Muster weiter vorangetrieben. Durch die Sortierung der Menschen nach Verwertungskriterien, d. h. den gezielten Ausschluß bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wächst die Angst vor der eigenen Ausgrenzung und damit die Bereitschaft, sich mit dem bestehenden System zu identifizieren und nach seinen Regeln zu funktionieren.

Dabei geht es nicht mehr nur um einen Rassismus, der sich auf Hautfarbe und Paß beruft, sondern zunehmend um einen »Leistungsrassismus«, dessen Grundlage Arbeitswilligkeit und Unterwürfigkeit sind. Ein Ergebnis ist, daß nun nicht mehr nur »Ausländer« als Schuldige ausgemacht werden, sondern verstärkt arme Menschen und jene, die sich nicht kapitalistisch verwerten lassen wollen oder können, als Bedrohung aufgebaut werden. Die »Russen-«, »Polen-«, oder sonstwie »Mafia«, Flüchtlinge, die kriminalisiert werden, oder all jene, die sich angeblich der Leistung für den »Standort« verweigern, werden als »ordnungszersetzende Elemente« gebrandmarkt; entsprechend hart wird gegen sie polizeilich vorgegangen.

Auf der EXPO will sich die BRD als Gastgeberin dagegen multikulturell, verantwortungsbewußt und richtungsweisend präsentieren: *»Bei der EXPO 2000 können wir zeigen, wie wir sind – weltoffen, mit gelebter Menschlichkeit, mit der Fähigkeit zur internationalen Solidarität«* (Helmut Kohl 1997) – im Gegensatz zur ihrer rassistischen MigrantInnenpolitik und der Politik der »Inneren Sicherheit«. Durch die EXPO wird in Hannover forciert, was in allen größeren Städten vorangetrieben wird: Menschen werden zu »Randgruppen« stigmatisiert, kriminalisiert und aus den Konsumzonen der Reichen vertrieben – häufig mit dem Argument der bevorstehenden EXPO.

»Das Bild der Deutschen im Ausland«

Bedeutung hat die EXPO 2000 auch als nationales Großprojekt: *»Das Bild der Deutschen im Ausland wird mit der EXPO 2000 vielfach neu bestimmt. [...] Deutschland kann mit der EXPO 2000 einmal mehr beweisen, daß es aus dem Schatten dieses Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen herausgetreten ist und sich zu einer lebendigen Demokratie gewandelt hat. Und zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, bei der so viele Mitglieder der Völkergemeinschaft Hilfe geleistet haben, können wir die Gelegenheit nutzen, 'Danke' zu sagen – und zeigen, was wir daraus gemacht haben: aus der Chance, miteinander neu zu beginnen.«* (EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel 1996).

Die BRD-Regierung will das *»weltoffene und fröhliche Fest«* EXPO 2000 nutzen, um 10 Jahre »Wiedervereinigung« abzufeiern und die NS-Vergangenheit endgültig als abgeschlossenes Kapitel der Geschichte zu besiegeln. Im Kampf um Märkte und Ressourcen will die BRD weg vom Image des bedrohlichen Großdeutschland. Solchermaßen von der Bürde der Nazi-Vergangenheit befreit, hat die BRD keine Skrupel mehr, ihren politischen und ökonomischen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen. Auch diese nationalistischen, geschichtsrevisionistischen und imperialistischen Aspekte der EXPO 2000 machen unserer Meinung nach Widerstand gegen dieses Projekt erforderlich.

3

EXPO demaskieren ...

Die EXPO ist nicht »verantwortlich« für die beschriebenen Formen modernisierter Herrschaftssicherung. Die EXPO hat lediglich die Funktion, für diese »neue Weltordnung« zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in

Zusammenhang setzt – einen Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfaßt.

Um 1992 – anläßlich einer »Bürgerbefragung« zur EXPO – hatte der Schwerpunkt des Widerstands zwischenzeitlich vor allem auf der Auseinandersetzung mit den lokalen Folgen der EXPO gelegen, mit dem Ziel, v. a. in Hannover zur Verhinderung der EXPO zu mobilisieren. Heute liegt unser Schwerpunkt jedoch wieder darauf, die EXPO 2000 – in Anlehnung an eine Parole des Widerstandes gegen die EXPO '92 in Sevilla – zu »demaskieren«, ihre Herrschaftsfunktion deutlich zu machen und zu kritisieren.

Die EXPO versucht mit ihrem »Weltrettungsanspruch« und ihrer »Nachhaltigkeit« sehr viele Menschen einzubeziehen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Umwelt- und Internationalismusgruppen. Demaskieren der EXPO heißt dementsprechend, diese Vereinnahmung deutlich zu machen und eine Ablehnung der EXPO ohne »wenn« und »aber« einzufordern. Hierzu reicht es unserer Meinung jedoch nicht aus, lediglich die Herrschaftskonzepte zu entlarven. Wir müssen vielmehr auf die Fähigkeit zur politischen Interventionsfähigkeit hinarbeiten.

... Widerstand organisieren

Über den Prozeß der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken. Ohne die EXPO positiv umdeuten oder überbewerten zu wollen, denken wir dennoch, daß sie sich dafür gerade aufgrund ihres allumfaßenden Anspruchs anbietet. Wie angedeutet findet sich in der Programmatik und dem Auftreten der EXPO eine ganze Bandbreite von Herrschaftsaspekten. Die EXPO bietet sich deshalb als gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen aus völlig unterschiedlichen Teilbereichen an: feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Menschen aus der Internationalismusbewegung, antirassistische Gruppen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, AntiFa, antimilitaristische Zusammenhänge, Anti-Repressions-Gruppen u. v. a. m.

Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der EXPO hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theoretischen Positionen messen. Wir möchten auf einen Prozeß gemeinsamer linker Organisierung hinarbeiten, der über bloße Vernetzung und Aktionsabstimmung hinausgeht. Uns schweben Formen der Zusammenarbeit vor, wie sie sich in den letzten Jahren für einzelne Bereiche z. B. im Rahmen der Kampagne »kein mensch ist illegal« oder der »Innen! Stadt! Aktion!« ergeben haben.

Momentan arbeiten wir an der Vorbereitung des BUKO 22 (dem 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) mit, der im Mai 1999 in Hannover stattfinden und sich thematisch mit den Themenfeldern EXPO 2000 und »Gegenmacht von unten« auseinandersetzen wird.

»Neuorientierung« der radikalen Linken bedeutet für uns, Diskussionen zu beginnen, die den Vereinzelungstendenzen linker Gruppen und der mitunter mangelnden Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenwirken. Fragen für gemeinsame Diskussionen hätten wir genug: Welches sind die zentralen Elemente des Herrschaftsmodells der Zukunft? Welche gemeinsamen Ursachen haben aktuelle Tendenzen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen abzeichnen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten unserer Kritik, was ist das »Linke« daran? Was unterscheidet unsere »linke« Weltsicht von der auf der EXPO präsentierten? Welche Perspektiven linker Politik können wir in der Auseinandersetzung mit den Konzepten der Herrschenden entwickeln? Wie kommen wir aus der augenblicklichen Situation gesellschaftlicher Isolierung heraus, wie machen wir unsere Kritik am auf der EXPO präsentierten Zukunftsentwurf und unsere eigenen Vorstellungen anderer Gesellschaftsformen sichtbar? Welche Aktionsformen können vor, während und nach der EXPO unsere Kritik und unsere Positionen deutlich machen?

Wie weiter?

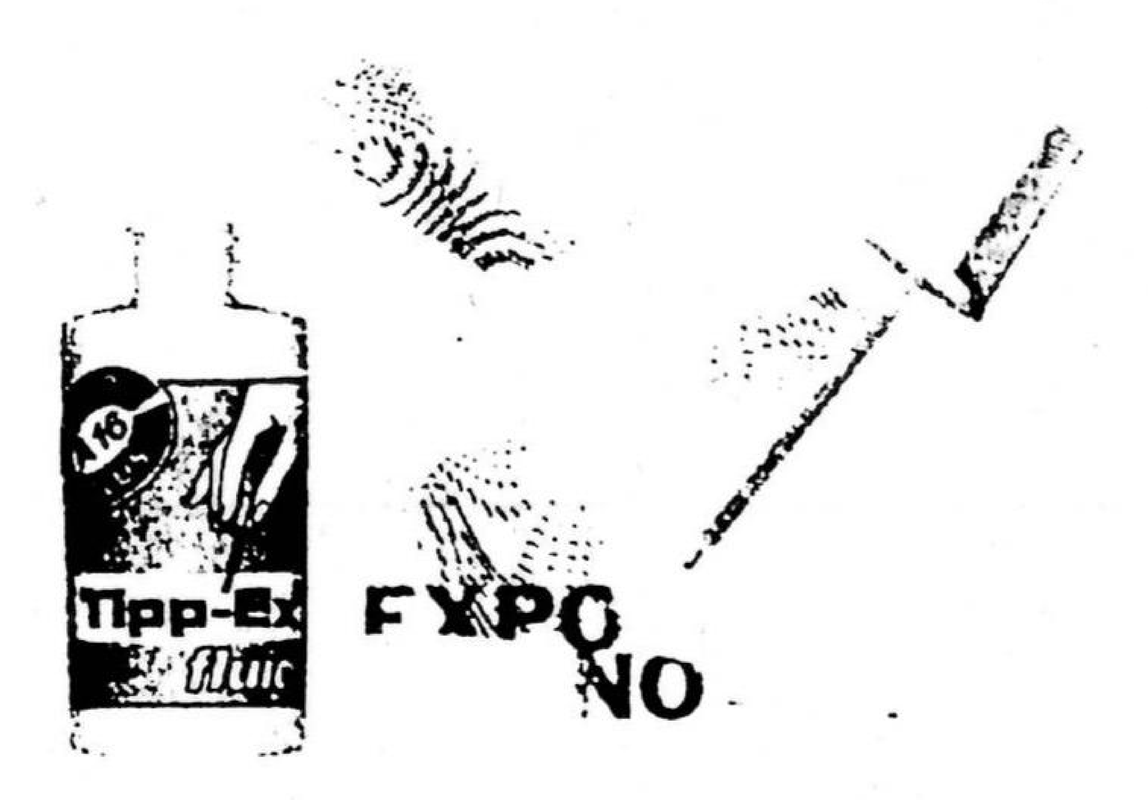
Wir laden alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen zu einem

Bundesweiten Anti-EXPO-Treffen vom **11. bis 13. Dezember 98** in **Hannover** ein.

Dieses soll erst einmal dem unverbindlichen Meinungsaustausch und der Diskussion des weiteren Vorgehens dienen, kann aber auch Möglichkeiten für vertiefende inhaltliche Diskussionen der in diesem Papier angesprochenen Themenbereiche bieten.

Für die Durchführung eines solchen Treffens sind wir auf **Rückmeldungen** angewiesen: Meldet Euch bitte **bis 1. Dezember 98**, falls Ihr Interesse habt. Dann gibt es auch genaueres zum Ablauf des Treffens.

Kontakt:



Tipp-Ex
Treffen für **I**ntergalaktische
Perspektiven gegen die **EXPO**
c/o AStA der Uni Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover
Tel 0511/762-50 61
Fax 0511/71 74 41

GEGEN ZEITGERÄUSCHE WANDERN

Widerstand gegen den Terror des Rhein-Main Flughafens

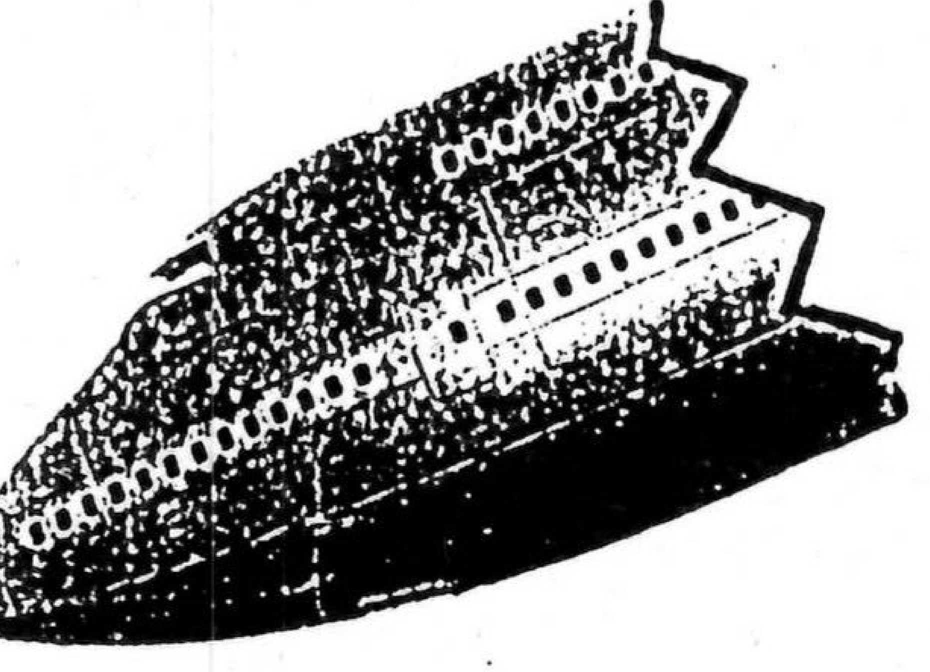
Öffentliche "Diskussion" und Pläne

Seit einigen Monaten "diskutiert" eine breite Öffentlichkeit über die mögliche Erweiterung des Flughafens Frankfurt am Main. Eine Diskussion, die kommen mußte, auch wenn nach dem geschehenen Bau der Startbahn 18 West alle PolitikerInnen und Verantwortliche der Flughafen AG immer wieder erklärten, ein Ausbau des Flughafens außerhalb der Mauer um den Flughafen sei völlig ausgeschlossen und werde nicht stattfinden.
Innerhalb des Flughafens sieht das allerdings anders aus. Cargo City Süd als Frachtumschlagszentrum wurde gebaut und, was noch viel gravierender für die AnwohnerInnen ist, die Anzahl der Flugbewegungen wird ständig und kontinuierlich in die Höhe geschraubt und damit der Lärmterror für die Bevölkerung trotz angeblich immer leiserer Triebwerke zunehmend unerträglicher; ebenso die zunehmende ökologische Belastung der Region und der Atmosphäre. Gab es Anfang der 80er noch 250.000 Flugbewegungen, so wurden diese bis 1997 auf 385.000 und werden bis zum Jahr 2005 auf bis zu 480.000 pro Jahr gesteigert. Dies geschieht, ohne den vielbeschworenen Konsens mit der Bevölkerung gesucht zu haben.
Drei Varianten einer Erweiterung, (1) eine Parallelbahn zur Startbahn 18 West, (2) eine Spreizung der beiden Start- und Landebahnen, um diese effektiver einsetzen zu können, (3) eine Start- und Landebahn nördlich des Flughafens und der Autobahn im Schwanheimer Stadtwald (Nordbahn), wurden genannt. Als einzig sinnvolle Variante kristallisiert sich die Nordbahn heraus. Zusätzlich ist eine Nutzung des Flughafens Wiesbaden-Erbenheim als "Frankfurt 2" im Gespräch. Ob nun Nordbahn oder WI-Erbenheim, beides bedeutet eine Steigerung der unerträglichen Lärmbelastung für die Rhein-Main-Region und die jeweils unterschiedlich stark betroffenen Städte und Gemeinden.
Die Positionen der Parteien auf Landesebene sind eh klar: CDU, FDP dafür, SPD auch, aber im Konsens mit der Region, die ökoliberalen B90-Grünen erleben wohl ihr nächstes Garzweiler. Aktuelle Umfaller von contra nach pro: vgl. Tagespresse.

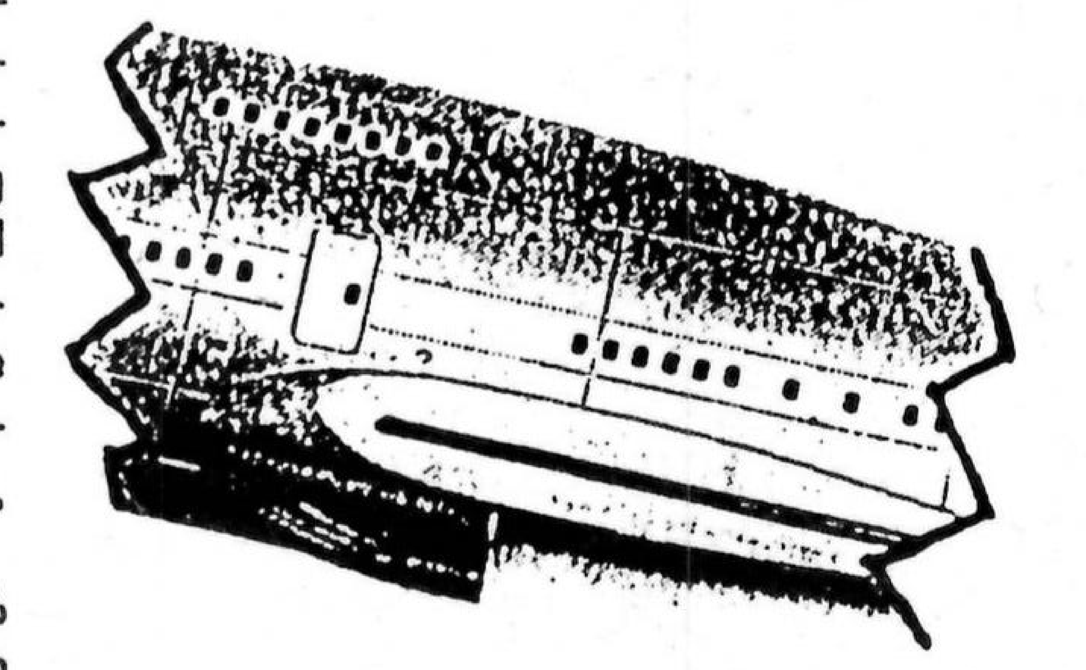
Standort Deutschland über alles - ohne uns

Keine Flughafenerweiterung! NACHTFLUGVERBOT

Die neoliberalen, wachstumsfanatischen ErweiterungsbefürworterInnen nennen im Kern lediglich zwei Gründe für eine unbedingt vorzunehmende Erweiterung: 1. die Schaffung von ca. 15.000 Arbeitsplätzen am Flughafen und zusätzlichen in der Region und 2. die Gefahr einer Abwanderung der Lufthansa zu einem anderen Flughafen, d.h. einer Drehkreuzverlegung.
⊗ Scheinargument 1 schafft höchstens eine Existenzsicherung für diejenigen, die einen neuen Arbeitsplatz ergattern können. Doch werden diese zunehmend flexibler, kurzfristiger (hire and fire, d.h. arbeitsrechtlich ungesichert) und prekärer (viele 620-Mark-Jobs) sein. Die zunehmende Barbarisierung des Kapitalismus samt Beschäftigungskrise, Spaltung der Gesellschaft in immer Reichere und immer Ärmere und die verstärkte Ausbeutung von Mensch und Natur sowie die rasant steigenden Gewinne der Konzerne wird dies kein bißchen stoppen, langfristig aber forcieren.
In den letzten Jahren brachten 25% mehr Verkehrseinheiten an Personen und Gütern nur 3.3% mehr Beschäftigte. Die Tatsache, daß mensch zwecks seines Überlebens ausbeuterische und fremdbestimmte Lohnarbeitsverhältnisse eingehen muß, wird durch eine mögliche Flughafenerweiterung kein bißchen humaner.
⊗ Scheinargument 2 ist pure Erpressung: Entweder "ihr" willigt in eine Erweiterung ein oder "wir" (Lufthansa, etc.) verlegen unser Drehkreuz auf andere Flughäfen und Regionen, die bereit sind, auf unsere Erpressung einzugehen. Die Folgen müßt "ihr" ertragen: Abbau von Arbeitsplätzen und



Umsatzeinbußen. Die genannten Folgen sind reine Lüge und Propaganda, denn kein Unternehmen, auch nicht die Lufthansa wird freiwillig die geschehenen Investitionen einfach aufgeben. Selbst wenn, auch nicht schade! Innerhalb eines kapitalistischen (d.h. auf Profitmaximierung ausgerichteten und undemokratischen) Wirtschaftssystems ist der Barbarisierung desselbigen eh nicht beizukommen, ob



man den Konzernen nun in den Arsch kriecht oder nicht. Lediglich die Härten sind abzumildern, und das auch nur kurzfristig!

Wahnsinn globaler Flugverkehr

Der weltweit zunehmende Flugverkehr bedeutet einen verstärkten Ausstoß von Schadstoffen in höhere Schichten der Atmosphäre, eine weit überdurchschnittliche Verschärfung des Treibhauseffektes im Vergleich zu den Verkehrssystemen Bahn und dem sowieso schon ökologisch fatalen Auto- und LKW-Verkehr. Immer mehr Menschen werden weltweit durch immer mehr Lärm, Schadstoffe und direkte und indirekte Naturzerstörung betroffen.

Wer profitiert denn am meisten vom Moloch Flughafen?

Flugmultis wie Lufthansa und Flughafenbetreiber wie die FAG würden durch eine Erweiterung natürlich eine Umsatzsteigerung und eine Profitmaximierung erlangen.
Die Benutzer, die den Flughafen individuell am häufigsten nutzen, sind reichere Schichten, national sowie international, Kapitalbesitzer, shareholder-value-Profiteure, neoliberale Modernisierungsgewinner, etc., also diejenigen, die vom Abbau des Sozialstaates und der

neoliberalen Umstrukturierung des Kapiatlismus am meisten profitieren. Kurz: Das verbrecherische Treiben und Wohlbefinden von Managern wird erleichtert, die sozial Schwachen leiden darunter.

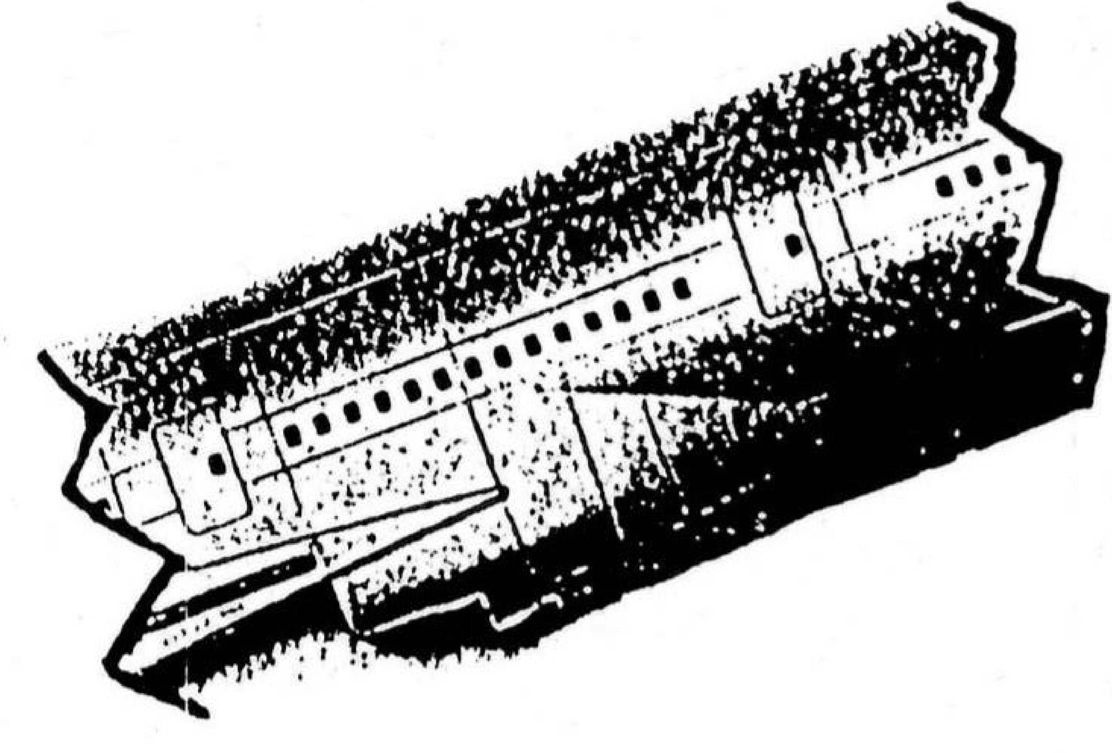
Tatort Flughafen

Lärmterror und Naturzerstörung sind nicht die einzigen Verbrechen, die am Frankfurter Flughafen begangen und abgewickelt werden:

- Hier wird auch eine rassistische Abschiebepraxis und das abgeschaffte Asylrecht samt ständiger Verfahrensverschärfungen umgesetzt, Europa wird als Festung abgeschirmt. Der Verstoß gegen eigentlich anerkannte internationale Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen wird dabei billigend und bewußt in Kauf genommen. Im flughafeneigenen Internierungslager werden Flüchtlinge eingesperrt und der "Grenzübertritt" verweigert.

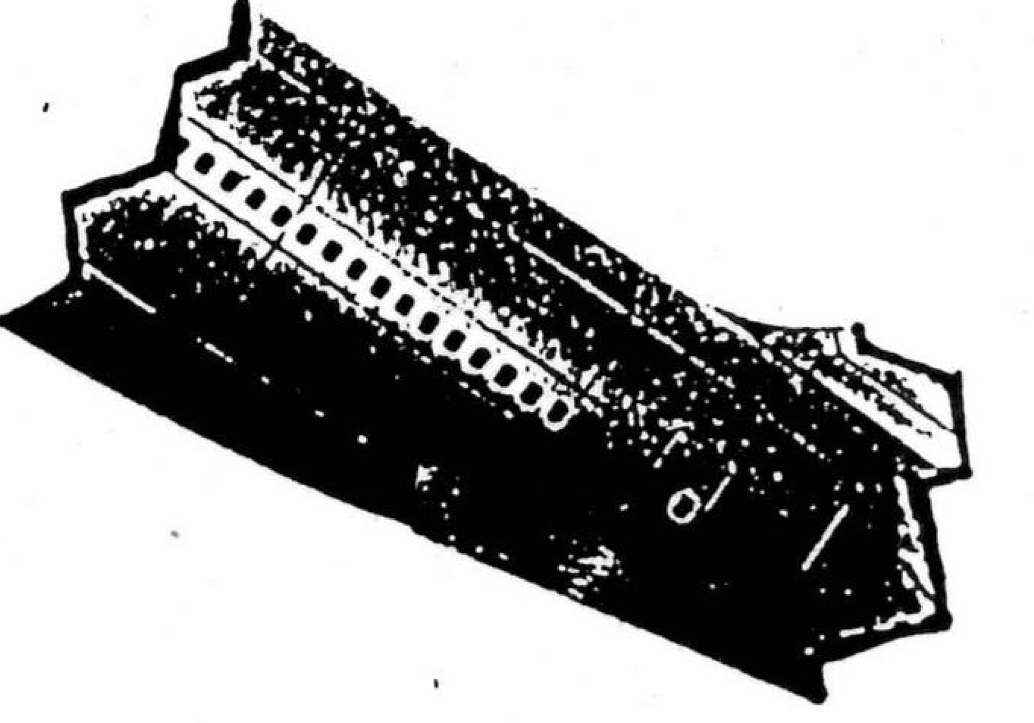
Unsere Forderung nach offenen Grenzen bedeutet die Abschaffung dieser rassistischen Praxis und die Schließung des Internierungslagers!

⊗ Der Flughafen dient als Drehkreuz für imperialistische Kriegszüge zur Durchsetzung politischer, ökonomischer und militärischer Interessen in Ländern des



Trikonts. Der zweite Golfkrieg (1990/91) und die neuerlichen Drohungen seitens der USA und ihrer westeuropäischen Vasallen gegenüber dem diktatorischen Irak-Regime verdeutlichen dies. Grundsätzlich ist der Flughafen ein Baustein des BRD-Staates und der Bundeswehr sowie von WEU und NATO zur Umsetzung der politischen Doktrie: Aufrechterhaltung des Welthandels und Sicherung des Zugangs zu strategischen Rohstoffen.

⊗ Die Umsetzung bürgerlicher Bedürfnisproduktion, hier verstanden als über-



flüssiger und dekadenter Luxus, erfolgt über Reiseveranstalter, die Tagesshopping in europäischen Großstädten anbieten. Solche und ähnliche Angebote dienen solchen Schichten, die es sich leisten können. Leiden unter den Folgen müssen aber alle Betroffenen. Ebenfalls erfolgt über Flughäfen der Massentourismus mit all seinen umweltzerstörerischen Folgen. Der Grundsatz dabei lautet: Wer es sich finanziell leisten kann, handele so umweltzerstörerisch wie er oder sie will.

⊗ Auch der Transport von Gefahrgütern aller bekannter (leicht radioaktiver Abfall, etc.) und unbekannter Art findet über Flughäfen statt und bildet ein schwer- bis unkalkulierbares Gefahrenpotential.

⊗ Der Flughafen ist ebenso ein Ort des unfairen Tauschs von Gütern zwischen dem ökonomischen Norden und Süden der Erde, zwischen sog. "Erster"- und "Dritter/Vierter"-Welt. Die zutiefst ungerechte und unmenschliche Weltwirtschaftsordnung mit ihren imperialitischen Macht- und Ausbeutungsverhältnissen tritt hier ungeschminkt ans Licht.

Ablaßhandlel der FAG

Die FAG erkauft sich das Wohlwollen größerer Teile der Bevölkerung mit Spenden an diverse Vereine, mit Wiederaufforstungsprogrammen, lokal wie in Trebur, international z.B. mit Korkeichenwälder in Spanien, etc. Auf diesen scheinheiligen Ablaßhandel können wir gerne verzichten. Wir lassen nicht uns bestechen!

Für den Flughafen im Normalbetrieb und für jede weitere Erweiterung gibt es unter den gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen mit uns keinen Dialog und schon gar keinen Konsens.

☺ Die Forderungen nach einem generellen Nachtflugverbot (22-6 Uhr) und die Reduzierung der maximalen Flugbewegungsobergrenze auf 300.000 pro Jahr, wie vehement von Bügerinitiativen gefordert, unterstützen wir, bleiben jedoch nicht dabei stehen.

Sonntagsspaziergang

- jeden 1. Sonntag eines Monats an der Startbahn 18 West gegen die Flughafenerweiterung protestieren
- ab SKG-Heim in Walldorf, jeweils 14 Uhr
- nächste Termine: [geschwärzt]
- Achtet auf aktuelle Hinweise !

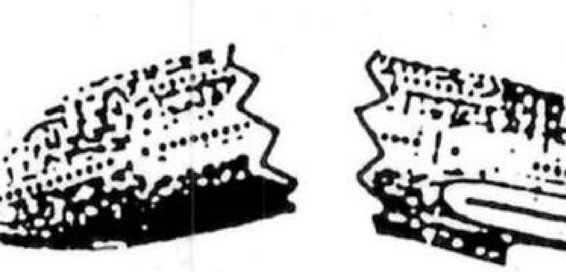
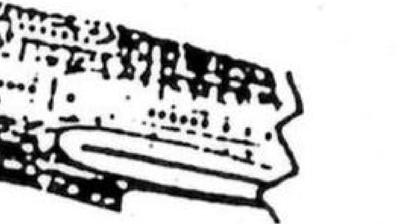
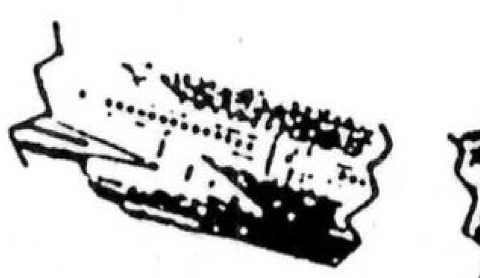
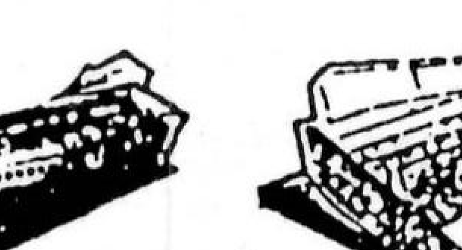
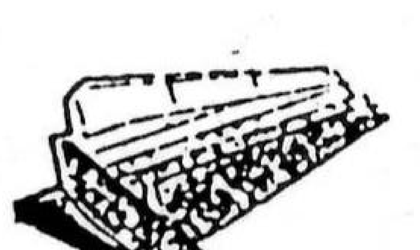
Wir sind nicht nur GegnerInnen der Flughafenerweiterung, sondern GegnerInnen des Flughafens samt rassistischem, umweltzerstörerischem und profitmaximierendem Normalbetrieb.

☺ Wir scheißen auf den Standort Deutschland, die damit verbundene erpresserische Logik und den Kapitalismus!

AUTONOME  RHEIN-MAIN

"Es verbietet sich von selbst, mit irgendeinem Müsli-Denken zu glauben, man könne die Entwicklung aufhalten". (Bundesverkehrsminister Wissmann)

Deshalb:
Verwandelt "Müsli-Denken" in Widerstand!

Hallo!

Oktober '98
II.

Post aus dem Süden hat uns erreicht. (Adressat Infoladen Stuttgart)

Nach langer Diskussion haben wir uns entschlossen, unsere Analyse von „Eine verspätete Antwort auf einen konstruktiven Beitrag" nicht zu Papier zu bringen, weil der Brief einfach für sich spricht. Wir wollen uns nicht näher zu den 'unabhängig-von-szene-strukturellen-Zuständigkeiten' politisch zwingenden Empfindungen einiger StuttgarterInnen äußern. Auch an den Sitten-, Mässigungs-, Toleranz- und 'Macker'begriffen (oder besser Worthülsen) unserer Stuttgarter GenossInnen wollen wir uns nicht abarbeiten.
Nichtsdestotrotz haben bei uns die Fragen besonderes Interesse erweckt, inwieweit Sexismus steigerbar ist („*[...] weil wir selbst nicht ganz so sexistisch und von oben herab behandelt wurden*"). Verhält sich Sexismus womöglich proportional zur Entfernung vom Wohnort? Kann eine adäquate Umgangsweise darin bestehen, Kontrolle auszuüben oder zudeckend einzugreifen? Aber vielleicht irren wir uns alle und Sexismus ist ausschließlich ein Makel der 'Persönlichkeitsstruktur' Einzelner. Außerdem stellt sich die Frage wie sich Menschen mit einem linksradikalen Verständnis aus 'Wurstigkeit an „*[...] sexistische [...] und hierarchische [...] Präsenz, wie sie A. immer an den Tag legte[...]*" gewöhnen können.

Uns geht es nicht darum, andere 'Städte' davon zu überzeugen, dass es Menschen in Stuttgart gibt, die besonders 'tolerant' mit Sexisten umgehen und sich an ihnen die 'Hände rein waschen'. Es wird sich wohl nirgendwo grundsätzlich anders mit sexistischen Unterdrückungsmechanismen auseinandergesetzt. Es ist uns durchaus bewußt, dass das Verhalten des angesprochenen Mannes (wir übernehmen die Benennung A., aber auch Sexisten haben Namen und Adresse) keine Ausnahme ist und dass „*[...] latentes Unbehagen [...]*" und Anmachen in linken Strukturen alltäglich sind.

Uns geht es darum, vor allem Frauen darüber aufzuklären, mit was für'nem Arschloch sie es zu tun haben, wenn sie mit A. konfrontiert werden. Sexistische Anmachen seitens A. sind in bundesweiten Strukturen immer noch aktuell.

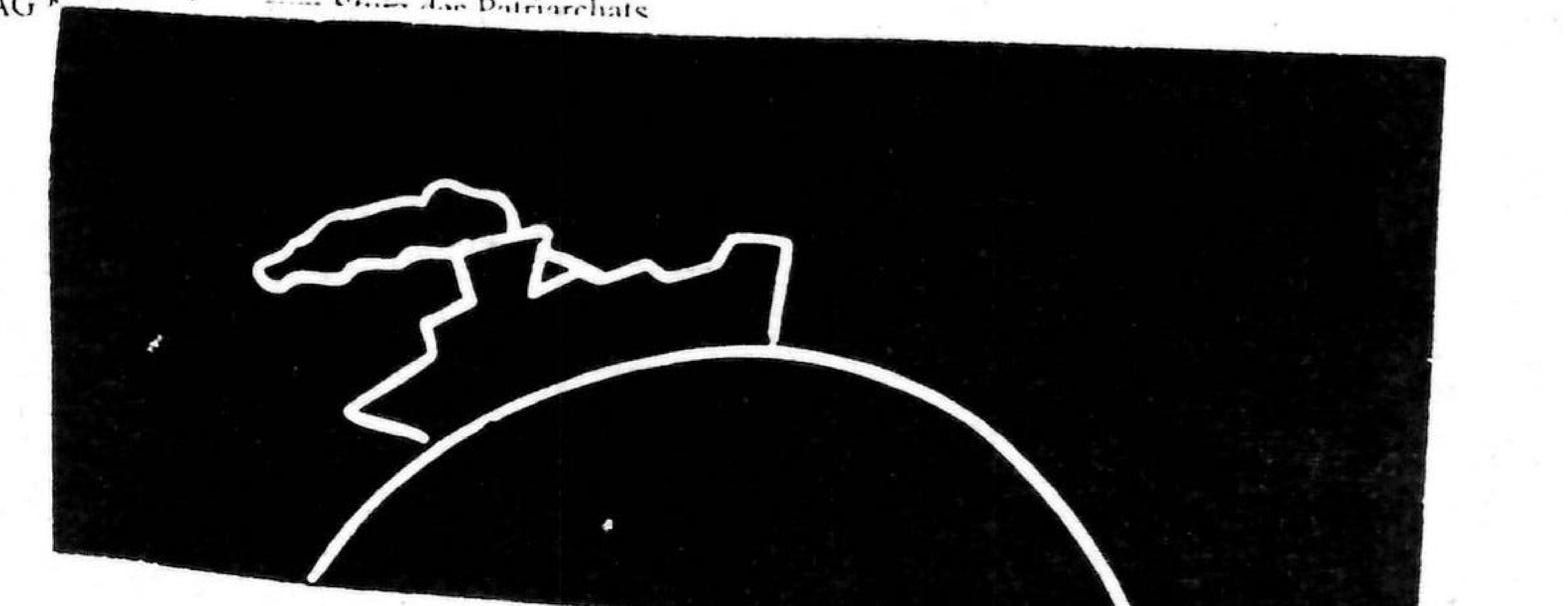
Deshalb fordern wir, dass A. sich aus regionalen, bundesweiten Strukturen verpisst und wir fordern sämtliche Zusammenhänge auf, sich darum zu kümmern!

WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL!

ES REICHT!

DIE ANTISEXISTISCHE SELBSTHILFE ORGANISIEREN UND DURCHSETZEN!

Autonome FrauenLesben AG



Dezember '97
I.

Ein konstruktiver Beitrag zur Sexismus-Diskussion

So langsam gehen uns diese ewig gleichen sogenannten Sexismus-Diskussionen auf die Nerven. Immer dieselbe Leier! Können sich die ewigen Sexismus-Nörglerinnen nicht mal auf die positiven Beispiele in der Szene beziehen, als uns immer ihren Frust um die Ohren zu hauen?
Gibt frau sich mal 'n bißchen Mühe und schaut mal über den eigenen Tellerrand (von Berlin und Hamburg) z. B. nach Süddeutschland, spezieller nach Stuttgart, dann sind sie zu sehen, die antipatriarchalen, antisexistischen, emanzipierten Männer!

Insbesondere ein Stuttgarter Genosse muß hier lobend erwähnt werden, da er sich in hervorragender Weise für das Vorankommen der linken Bewegung und die konsequente Beseitigung aller Unterdrückungsverhältnisse einsetzt.
So bemüht er sich in selbstaufopfernder Weise besonders um seine weiblichen Kampfgefährtinnen. Mit besonderem Augenmaß erkennt er hier die Spreu vom Weizen. Frauen, die sich als weibliche Macker hervortun und in den Vordergrund stellen wollen, erkennt er ohne zu zögern als (das, was sie sind) pubertär und politisch inkompetent und isoliert sie als schädliche Objekte von der Bewegung.
Die Fähigen unter den Frauen bekommen als Betthupferl wichtige (interne) Informationen und werden damit voll in umfassender Weise in die wichtige konspirative Arbeit integriert.
Aber auch seine männlichen Genossen können sich nicht über zu wenig Aufmerksamkeit und Anerkennung beschweren. In Diskussionen läßt er sich nicht die Wurst vom Brot nehmen. Laut und deutlich vermag er seinen Standpunkt darzustellen und überzeugt jeden gern vom absoluten Wahrheitsgehalt seiner Argumente. Die ewigen Laberköppe weist er ohne Zögern in ihre Grenzen.
Kurz gesagt: An den hervorragend durchorganisierten Strukturen in Stuttgart sollten wir uns bundesweit eine Scheibe abschneiden!
Auf diesem Wege möchten wir die Stuttgarter noch mal auffordern, ihren Genossen zu Hause weitestgehend zu entlasten, damit er bundesweit - insbesondere im BAT - die linke Bewegung nach vorn bringen kann. Dieser Mann ist Vorbild und Ideal für uns alle. Deshalb sollte er nicht nur hier, sondern auch im Hinblick auf die anstehende europaweite Vernetzung mehr seine Fähigkeiten und Engagement einbringen können.

Delegiert ihn!
Stützt ihn gegen ungerechtfertigte Kritik!
Es lebe die Männerfreundschaft!
Solche Männer braucht das Land!
Gegen repressiv-tribunale Stimmungsmache der ewigen Nörglerinnen!

Einige FrauenLesben, die den wahren Wert ihrer/der Männer erkannt haben



Eine verspätete Antwort auf einen konstruktiven Beitrag

Liebe Genossinnen

Wir wollen uns garnicht erst entschuldigen, dass wir erst jetzt auf eure Kritik antworten. Wir wissen leider nicht genau, wer zum AdressatInnenkreis von „Ein konstruktiver Beitrag zur Sexismus-Diskussion" gehört. Euren Brief betrachten wir als Anstoss zur konkreten Auseinandersetzung um hierarchische und sexistische Strukturen hier in der Stadt. „Wir", das sind jetzt einige wenige Frauen und Männer, die zum Teil aus dem politischen Zusammenhang kommen, in dem der von euch angesprochene Mann (nennen wir ihn mal A.) jahrelang aktiv war und andere, die immer wieder mit A. in Plenen zu verschiedenen Anlässen konfrontiert waren, zuletzt in der Mobilisierung zum 3.10.97. Vielleicht wisst ihr, daß sich der Zusammenhang aus dem A. delegiert war, kurz nach dem 3.Oktober auflöste, ein Schritt, der schon während der Mobilisierung mehr oder weniger absehbar war.

Wir haben uns unabhängig von szene-strukturellen „Zuständigkeiten" endlich zusammengetan, weil wir eine Antwort auf euren Brief so selbstverständlich wie politisch zwingend empfinden. Wir stimmen in unserer (wie eurer) Kritik an dem sexistischen Verhalten speziell von A. weitgehend überein, weil für uns radikale linke Politik den Kampf gegen Sexismus und sexistische Strukturen miteinschließen muss. Hier vor allem setzt unsere Selbstkritik an: Uns als VerfasserInnen dieses Antwortbriefes ist aus der ganzen Auseinandersetzung um A. und aus unserem eigenen Verhalten darin der Widerspruch bewusst zwischen unseren formulierten politischen Zielen und der langen Tolerierung sexistischer und hierarchischer Präsenz, wie sie A. immer wieder an den Tag legte. Die Mobilisierung zum 3.10.97 war darin nur insofern der „Gipfel", als sich A. in der politischen und organisatorischen Schwäche der hiesigen Strukturen voll „entfalten" konnte, da keine Struktur mehr vorhanden war, die - wie früher oft üblich - regulierend oder auch „zudeckend" eingriff und gleichzeitig von hiesigen Plenums-TeilnehmerInnen vemeintlich objektive politische Notwendigkeiten für die Mobilisierung über die absolut notwendige Thematisierung von A.s Verhalten gestellt wurden.
Diese Rangehensweise ist politisch fatal und deshalb wollen wir unsere Selbstkritik und die Mechanismen, in denen wir uns verhielten, differenzierter darstellen, einmal aus der Sicht ehemaliger GenossInnen aus dem Zusammenhang von A, zum anderen aus der Verantwortung derer, die mit ihm in Plenen zusammen waren:

Wir als Leute aus dem direkten Zusammenhang von A. haben sehr lange hingenommen, dass es Klagen über sein Verhalten bei Delegiertentreffen gab (auch vor dem 3.10.) Wenn sich jemand beschwert hat (meist aus lokalen Treffen), dass er laut wird, Leute verbal niedermacht und nicht ernst nimmt, haben wir ihn mal zeitweise als Delegierten zurückgezogen, mal jemand anderen „zur Mässigung" mitgeschickt oder ihn ermahnt, sich „gesitteter" zu verhalten. Wir haben aber nie die Konsequenz gezogen, ihn komplett aus Zusammenhängen „zurückzuziehen". Vor allem bei verschiedenen überregionalen Vor- und Nachbereitungen zum 3.10. haben wir es versäumt, wenigstens zu zweit hinzugehen, um sowas wie eine Kontrolle ausüben zu können. Soweit diese Verhaltensweisen bei uns in der Gruppe vorkamen, haben wir uns immer wieder zusammengerauft. Allerdings sind sicher innerhalb der Gruppe nie so krasse Vorfälle wie bei Plenen vorgekommen, ausserdem gehen Leute, die seit vielen Jahren zusammenarbeiten, sicher „toleranter" miteinander um, auch wenn dies oft nichts ist als Wurstigkeit und Gewöhnung. In der gesamten Vorbereitung des 3. Oktober haben wir ein latentes Unbehagen an A.s Verhalten hingenommen und waren nicht in der Lage, ihn zumindest durch jemand anderes zu ersetzen, weil wir uns dazu personell nicht in der Lage gefühlt haben.
Wir wollen nichts beschönigen, weil es unsere Aufgabe gewesen wäre, gerade nach dem 3.10. sowohl mit unserer eigenen Kritik an A. als auch mit der von aussen offen und offensiv umzugehen. Die Auflösung der Gruppe hat es für uns sehr einfach gemacht, uns um Konsequenzen und auch um die nötige Diskussion über die Struktur in unserer Gruppe zu drücken. Da uns zudem aus anderen Gruppen und Städten signalisiert wurde, dass kein weiterer Bedarf an Auseinandersetzung mit und über A. besteht, konnten wir versuchen, alles „auf sich beruhen zu lassen". Dies ist keine angemessene Umgehensweise, auch als ex-Gruppe hätten wir uns spätestens nach dem „konstruktiven Beitrag" wieder zusammensetzen müssen.

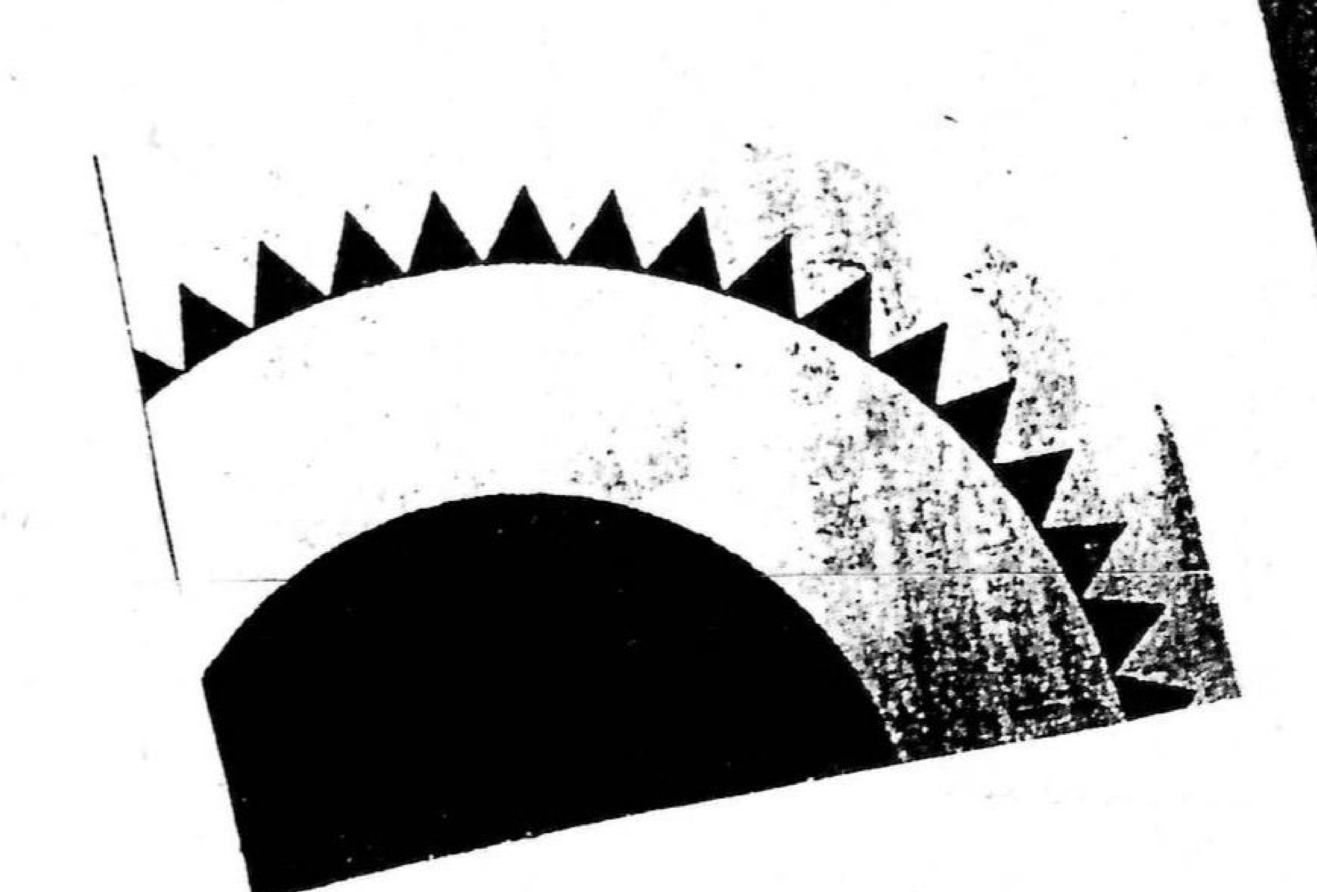
Für die, die als einige Plenums-TeilnehmerInnen in der Mobilisierung zum 3.10. mit A. konfrontiert waren, war die Kritik aus anderen Städten, speziell von euch, und damit die Eskalation um A. ein wichtiger Impuls, uns mit sexistischen Strukturen hier in der Stadt wieder genauer auseinanderzusetzen. In der Frage, weshalb wir trotz unserer eigenen Kritik nicht schon länger eine Trennung von A. in den politischen Aktivitäten gemacht haben, sind wir auf mehrere „Kisten“ gestossen.
Wir haben unser eigenes Empfinden von hierarchischem und sexistischem Mackertum einer tatsächlichen oder vermeintlichen „politischen Kompetenz“ von A. untergeordnet. Wir haben geglaubt, auf ihn nicht „verzichten“ zu können, da wir insgesamt ohnehin so Wenige sind. Wir haben uns verunsichern lassen, da es kaum eine tiefe und kontinuierliche Diskussion um sexistisches Verhalten gibt, darüber, wann das Mass voll ist oder ob eine Veränderung der Persönlichkeitsstruktrur in Sicht ist. Wir haben immer wieder die Diskussion und Kritik lieber im kleinen Kreis abgehandelt und damit auch unter den städtischen Teppich gekehrt. Nicht zuletzt waren wir weniger kritikfähig, weil wir selbst nicht ganz so sexistisch und von oben herab behandelt wurden.

Wir, alle VerfasserInnen dieses Briefes, finden im Nachinein unser gemeinsames Rangehen falsch, notwendige Konsequenzen gegenüber A. auf die Zeit nach dem 3.Oktober verschoben zu haben, um die Demo nicht zu gefährden.
Wenn die linken Strukturen in Stuttgart meinen, dass ohne eine bestimmte Person eine bundesweite Demo nicht zu organisieren ist, wenn daher Alle krasses Mackertum in Kauf nehmen, um das politische Ziel nicht zu gefährden, dann stimmt an diesen Strukturen was Grundlegendes nicht. Der Schnitt hätte viel früher passieren müssen. Von denen, die delegieren aus und von denen, die sich A. vor die Nase setzen lassen. Für falsch halten wir auch, nicht von uns aus wenigstens an die herangetreten zu sein, von denen uns Kritik bekannt war. Auch nach der Auflösung der Gruppe und der 3.10.-Zusammenhänge in Stuttgart hätte das Verhalten von A. weiter thematisiert werden müssen. Es war aber für Alle ziemlich bequem, dass erstens A. sowieso weggezogen ist, dass seine Gruppe in der Form nicht mehr existierte und für etliche nicht klar war, von wem der „konstruktive Beitrag“ kam und auf wen er sich bezog. Wir, die wir jetzt schreiben, hätten darauf beharren müssen, die Auseinandersetzung um A. weiterzuführen - und damit auch die Auseinandersetzung mit Strukturen, die von euch zu Recht als männerbündisch kritisiert werden. Verspätet wollen wir dies nun versuchen.

Abschliessend wollen wir noch ganz kurz auf das BAT eingehen. A. war nie, von keinem Zusammenhang aus Stuttgart, dorthin delegiert. Wir kennen die Strukturen des BAT zuwenig, um zu wissen, wie sich darin Leute organisieren und sicher ist es auch richtig, dass nicht Alle Alles wissen. Aus der Richtung BAT gab es einmal auf sehr informellem Weg eine „Anfrage“ zu A., die sich aber auf andere Dinge als eure Kritik bezog. Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht in der Form offener Briefe führen, auch wenn es besonders katastrofal wäre, wenn „als Betthupferl wichtige (interne) Informationen“ weitergegeben würden. Natürlich bietet sich ein Zusammenhang, der evtl. gar keine Rückkopplung zu einer delegierenden Gruppe hat, besonders an, dort persönliche Machtspielchen auszutragen. Wir bitten aber Alle, die mit uns über A.s Verhältnis zum BAT reden wollen, sich direkt an uns zu wenden.



Einige StuttgarterInnen





Bei dem Satz

„Das Private ist politisch"

denken viele an:

* „Bei sich selbst anfangen..." (und dort bleiben) *

* Innerlichkeitswahn *

* Instrumentalisierung von Persönlichem für Machtpolitik *

Für uns ist die Forderung, die in diesem Slogan steckt, nach wie vor nicht eingelöst, ihre Umsetzung immer neu zu erstreiten.

Wir sind vier Männer, die einen jeweils unterschiedlichen Zugang zum Thema haben und über unterschiedliche Erfahrungen verfügen. Unsere Veranstaltung besteht deshalb aus vier Teilen an **zwei Terminen:**

Am 18.10. geht es mit Bezug auf Erfahrungen, die mit MRT (MännerRadikaleTherapie) gemacht wurden, um das Verhältnis von **Therapie und Politik**. Und um die Bedeutung des Sub-, nein, nicht -commandantes, sondern des **Subtextes der Politik** linker Männer, der ihre mit viel Aufwand verdrängte Subjektivität doch wieder an die Oberfläche spült...

Wegen der Entwicklung auf der Veranstaltung am 18.10. geht es am **15.11.** um den Subtext der Politik und nur ggf. um die Wohnform Männer-WG. Dafür gibt es eine weitere Veranstaltung am **13.12.**

gerecht

Zum einen soll die **Wohnform „Männer-WG"** in ihren Chancen und Grenzen ausgelotet werden, zum anderen wird es einen Beitrag zum Thema **„Vaterschaft und Politik"** geben.

Beide Veranstaltungen sind nicht als Vortrags- und Langeweile-Veranstaltungen gedacht. Wir freuen uns auf alle, die Lust haben, nach unseren hoffentlich anregenden Einleitungen offen zu diskutieren.

Zeit und Ort ist jeweils: 19 - 22 Uhr im EX, Gneisenaustraße 2a

ANTIFA-PANNENHILFE –

Solltet Ihr es in Eurem politisch aktiven Leben einmal in Betracht ziehen, ein Loch in einen Reifen zu piecksen, solltet Ihr vorher ein paar Dinge unbedingt beachten:

1. Luftballons, Fahrradreifen und PKW-Reifen lassen sich relativ einfach „plätten", ohne daß auf besondere Gefahren hingewiesen werden muß.

2. Bus- und LKW-Reifen lassen sich nicht so leicht die Luft abnehmen. Als sichere und technisch ungefährliche Methode gilt immer noch, die Luft auf dem Wege rauszulassen, wo sie reingekommen ist – durch das Ventil. Hier reicht schon ein Kugelschreiber oder Schlüssel als „Werkzeug". Diese Methode kostet allerdings Zeit – und wer hat die schon.

3. Soll ein Bus- oder LKW-Reifen durch gezielte Schnitte ins Gummi „geplättet" werden, gibt es wichtige Hinweise, die ihr beachten müßt:

- **Ein Bus- oder LKW-Reifen hat wesentlich mehr Luftdruck drauf als ein PKW-Reifen (Bus ca. 6,0 – 8,0 Bar / PKW ca. 2,0 – 2,5 Bar)**
- **Ein Bus oder LKW ist viel unterwegs. Nach einer Fahrt und/oder bei Sommerwetter ist der Reifen und die darin befindliche Luft sehr warm. Die warme Luft dehnt sich aus und der Reifendruck wird erhöht.**
- **Bei einer „Verletzung" eines solchen heißen Reifens kann eine enorme Kraft entstehen, die explosionsartigen Charakter besitzt und enorme Verletzungen bei umstehenden Personen hervorrufen kann.**
- **Es bietet sich also als Möglichkeit an, die „erste Luft" durch das Ventil abzulassen. Ist der Reifendruck entsprechend gesunken, kann das Stichwerkzeug eingesetzt werden.**
- **Seid in jedem Falle vorsichtig bei Eurer nächsten „Pannenhilfe"**

4. Diese Aufzählung verstehen wir nicht als vollständig. Falls Ihr mehr wißt, ergänzt unser aller Fachwissen.



Regierungswechsel

So oft hat man einen Bundesregierungswechsel in der ultrastabilen BRD nicht erlebt: Das gab`s 1969 als Reaktion auf die Studentenrevolte und im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer außenpolitischen Neuorientierung gegenüber dem Ostblock; und dann 1982/83, als das Regime des Helmut Schmidt wegen des drohenden Zerfalls der SPD durch die Friedensbewegung am Ende war, und sich damit der NATO-Hochrüstungskurs gegen die Sowjetunion nicht mehr durchsetzen ließ. Doch, mit Verlaub, warum gibt es jetzt einen, so ganz deutlich ist das nicht. Weder rüttelt derzeit eine Massenbewegung an der Loyalität zur Regierung - vielleicht mit Ausnahme einer rechtsradikalen, die allerdings organisatorisch erfreulich zersplittert ist -, noch steht eine gravierende außenpolitische Neubestimmung an. Allenfalls das ganz verkehrte Massenbedürfnis nach "Arbeit" - was immer das sei, - mit dem allein die Existenz menschlicher Wesen in diesen Breitengraden sich zu begründen hat, könnte eine Erklärung zumindest für die Abwahl des alt gewordenen Kohl abgeben. Vielleicht ist aber auch einfach nur der diffuse Wunsch anonymer Wählermassen nach einem Wechsel, der einfach für sich Erleichterung schafft, ohne daß damit schon irgend etwas über den Inhalt ausgesagt wäre. Gefördert werden solche diffusen Wünsche natürlich durch die findigen Nasen der Massenmedien, die ohnehin immer mal wieder andere Grins-Gesichter *er*finden müssen, die sie als Futter für neue Stories durchbraten können.

Und so wird nun, am Ende des 20. Jahrhunderts ein einmal das "kapitalistische Wirtschaftssystem überwinden" wollender Ex-Juso Kanzler und das begleitet von einem ausgefuchsten Bücherdieb aus dem 70er-Jahre-Sponti-Frankfurt als Außenminister, der es schon ruck-zuck gelernt hat, die "Kontinuität deutscher Außenpolitik" im Fall des arretierten Mörder-Bandenchefs Pinochet durch Schweigen fortzusetzen. Und auch dem KB-Nord ist es gelungen, ein Mitglied seiner Organisation an führender Stelle im Bundesumweltministerium zu plazieren. Und egal was man von einem Innenminister Schily sonst noch halten mag, es bleibt einfach sein Verdienst, als Rechtsanwalt zu Beginn der 70er Jahre die ersten RAF-Programmatiken aus dem Knast geschmuggelt zu haben, und sogar die Dauerentschuldigungspartei PDS darf sich in dieser Anordnung im Bundestag tummeln.

Aussichten & Troubles

Natürlich haben die unten von denen da oben nichts "Gutes" zu erwarten. Doch damit hört die Politik nicht auf, sondern fängt nur erneut wieder an. Natürlich werden jetzt ein paar hundert Grüne ihren Arsch mit vielen schönen Posten noch ein wenig mehr verstaatlichen und damit in Sicherheit bringen. Das ändert aber auch nichts daran, daß hinter ihnen zwar viele Wähler aber eben keine aktive Massenbewegung steht, die irgendwie gemeinsam auf Gesellschaftsveränderung hin Druck machen würde. Das wird man spätestens dann merken, wenn die neue Regierung daran geht, ein paar ihrer "guten Absichten" verwirklichen zu wollen, und es der sich schon bald wieder organisierenden politischen Rechten oder dem ohnehin vorzüglich organisierten Monopolkapital nicht paßt. Da braucht man nur an Clinton zu denken. Der ist `92 mit dem Versprechen und der Hoffnung von zig Millionen armer Amerikaner gewählt worden, eine Krankenversicherung einzuführen. Nachdem das Monopolkapital dieses Projekt mit einer effizienten Kampagne zerstört hat, hat es Clinton inzwischen dazu gebracht, den Sozialhilfeanspruch von Millionen von Amerikanern zu liquidieren.

Klar ist, und das muß bedacht werden, daß die nachfolgenden Gedanken hier unter dem Vorbehalt stehen, daß hinsichtlich der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sowie dem damit einhergehenden Zerfall und der ursprünglichen Akkumulation in der ehemaligen Sowjetunion sich auch nicht die geringste Vorhersage treffen läßt, welche Rückwirkungen das unter Umständen hier haben kann. Sicher wäre in diesem wirklichen verflucht komplizierten Zusammenhängen nur, daß die Auseinandersetzungen hier andere werden, wenn sich die Bundesregierung dazu entschliessen sollte Bundeswehrsoldaten in Sachen NATO-Kampfeinsatz in den irr kichernden Bosnien-Bürgerkrieg zu schicken. Und das gilt in besonderer Weise für die Grünen, die sich dann offen in die zur Kriegspartei transformierte BRD einreihen.

Aufgaben

Die alt gewordene Autonomen-Generation ist von den Grünen-Funktionären historisch nur den Schlag einer Wimper entfernt. Die Grüne Partei war einmal der legale Arm aller möglicher Bewegungen. In einer umgekehrten Betrachtungsweise war die autonome Bewegung schon länger der äußerst ungeliebte illegale Arm der Grünen, die nun auch noch zur Regierungspartei geworden sind. Was macht man jetzt daraus. Alles was jetzt (nicht) passiert, passiert durch uns oder eben gar nicht. In den Koalitionsvereinbarungen zwischen der SPD und den Grünen sind eine Reihe guter Absichten aufgeschrieben worden, die natürlich, was ihre Umsetzung angeht, völlig diffus gehalten sind. Wenn es keinen Druck oder eher Gegendruck aus der Gesellschaft in diese Richtung gibt, wird mit diesen Absichten überhaupt nichts passieren. Über die Realisierung dieser Versprechen wird wahrscheinlich im Verlaufe des nächsten Jahres gestritten. Spätestens dann wäre es richtig, sich irgendwie einzumischen. Dabei muß es zunächst einmal nicht von vornherein verwerflich sein, für einen kurzen historischen Moment der nützliche Idiot für ein paar von den Grünen proklamierte Ziele zu sein. Und doch wäre die Idioten-Rolle, die immer zunächst denen zukommt, die gegen die Macht aus der Minderheit heraus kämpfen, etwas anderes als die Rolle das Gewissen der Grünen Partei, die immer mal wieder von Parteitage besuchenden AKW-Gegnern probiert worden ist.

So wäre es spätestens im nächsten Jahr unsere Aufgabe, den schon halbtoten Opa *Atomkraft* endgültig zu erschießen, für das freie Aufenthaltsrecht von *Flüchtlingen* und *Migrantinnen* zu streiten, zu sagen, was man eigentlich mit dem zunehmend privatisierten aber doch eigentlichen *öffentlichen Raum* will, wie man sich *Geschlechterverhältnisse* ohne Diskriminierung, Funktionalisierung und Unterordnung wünscht, und welche Vorstellungen man überhaupt gegen die Armut und die Fronarbeit von einem *reichen, glücklichen und scheenen Leben* hat.

Dafür braucht es nicht nur unsere Low-Budget-Orga-Fähigkeiten, ob nun in Köln, Hamburg oder Zittau, sondern die erneute Anstrengung für mindestens einen Gedanken an Gesellschaftsveränderung. Die soziale Frage muß von uns neu durchbuchstabiert werden. Und zwar anders als in den Vorstellungen eines radikalisierten Co-Management-Facharbeiter-Verständnisses von SPD und Gewerkschaften oder des feminin-tolerant angehauchten Mittelschichtlifestyle der privategoistisch orientierten grünen Wählerschichten. Ohne diese Anstrengung bleiben all´ die einzelnen Kampagnen, Aktionen und Demos bloß zusammenhanglose Gesten. So etwas wie das gedankenlose Treideln in die im nachhinein nur dumm zu nennende Linksradikalen-Machtfrage aus dem Momper-AL-Jahr 1989 muß vermieden werden. Damit würden wir der neuen Regierung nur die Steilvorlage dafür geben, uns nach Herzenslust und zur Freude anderer gesellschaftlicher Kräfte zu isolieren und zusammenzuschlagen. Wobei die Alternative allerdings realpolitisch nicht die ist, auf keinen Fall zusammengeschlagen zu werden, sondern nur die, so zusammengeschlagen zu werden, daß es der neuen Regierung im Ergebnis bei ihren Sympathisanten maximal schadet; der Noske-Flügel der SPD in Gestalt von Figuren wie Glogowski und Dewes hat mit Zusammenschlagen etc. ohnehin noch nie Probleme gehabt, und der Selbsthaß desjenigen Teils der Grünen, der sich einmal linksradikal bewegte und durch uns daran erinnert wird, daß sie einmal etwas besseres gedacht und getan haben, wird dafür groß genug sein. Und die in jener Postenverteilungspartei nachgewachsene Yuppie-Generation versteht diese Auseinandersetzungen auf der politischen Linksachse ohnehin nicht, und wird daher um so mehr befürworten, was ihnen der nett-legere Polizeipräsident empfiehlt.

Vielleicht bekommt die älter gewordene Autonomen-Generation doch noch etwas besseres hin, als Hochzeitsparties, deren ironisch-sein-wollendes 50iger-Jahre-Design auf grausige Weise zum todernsten romantische-Liebe-privat-Kitsch gerinnt, oder subkulturelle Gemeinschaftszusammenkünfte, die so tun, als seien sie politisch. Auch eine noch so grundanständige, aber politisch natürlich völlig perspektivlose Antifa-Politik und Moralbanden-Antira-Praxis wird uns da nicht weiterhelfen. Schließlich geht es doch immer noch darum, nicht die Gesellschaft zu regieren, sondern zu verändern. Sputen wir uns! Das schreckliche 20. Jahrhundert geht schneller zu Ende als man so denkt. Aber das 21. kommt.



Timur und sein Trupp

Flüchtlinge gehen auf die Straße

Protest in Neukölln gegen schlechte Unterbringung und Essen

NEUKÖLLN (sül). „Die Würde des Menschen wird angetastet!" Unter diesem Motto versammelten sich gestern rund 150 Menschen zu einer Kundgebung vor dem Rathaus Neukölln, um gegen die „Ausgrenzungs-Praktiken des Neuköllner Sozialamtes" zu protestieren. Anlaß des Protestes, der unter anderem von der Forschungsgesellschaft – Flucht und Migration e. V. (FFM) organisiert wurde, sind die „entwürdigende" Behandlung des Sozialamtes von Flüchtlingen und die Zustände im Obdachenlosenheim Teupitzer Straße, wo seit 1990 auch Asylsuchende aufgenommen werden. Zur Zeit leben dort 160 Menschen, darunter 20 Flüchtlinge: Palästinenser, Serben, Bosnier, Türken, Kurden, Kosovo-Albaner und Vietnamesen.

Im Heim bekommen die Flüchtlinge zwei Mahlzeiten am Tag und müssen sich mit einem monatlichen Taschengeld (Haushaltsvorstände 80 Mark, alle weiteren Personen 40 Mark) begnügen. „Für 6,74 Mark pro Kopf am Tag, die das Sozialamt einer Essensfirma zahlt, die dafür ein Essen fast ohne Frischkost und Vitamine liefert, vegetieren die Flüchtlinge mehr als daß sie leben", sagt Eva Weber von der FFM. „Außer Kaffee steht kein anderes Getränk zur Verfügung."

Die Neuköllner Sozialstadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) bestreitet die Vorwürfe. Zwar stimme es, daß alle anderen Getränke aus eigener Tasche gezahlt werden müssen, „doch das angeblich minderwertige Essen wurde vom Jugendgesundheitsdienst als ausreichend bewertet." „Uns liegt ein Schreiben vor, wo keine Beurteilung des Essens erfolgt ist", behauptet Weber. Allerdings untersucht seit dem Spätsommer diesen Jahres aufgrund einer Bürger-Eingabe der Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses die Verhältnisse im Obdachlosenasyl. Seit vergangenem Dienstag liegt ein erstes Gutachten vor: „Es sind erhebliche Mängel festgestellt worden. Einer davon ist die Essensversorgung, hier muß nachgebessert werden", so Reinhard Ross (SPD) vom Petitionsausschuß.

„Das Sozialamt Neukölln verwehrt vielen Flüchtlingen sogar die gekürzte Sozialhilfe, die ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehen", behauptet Weber, „sie müssen für allerlei Sachen, wie Babywindeln, Waschmaschinen- und Herdbenutzung, ja sogar für die Buskarte von ihrem Taschengeld bezahlen." Eine serbische Familie klagt, daß sie sich vom spärlichen Geld nichts dazukaufen könne. „Mein Enkel braucht Bekleidung, aber den größten Teil des Geldes verschlingen die BVG-Fahrkarten", sagt das Familienoberhaupt. „Leistungen, die nach dem Gesetz zustehen, müssen individuell und gesondert beantragt werden", entgegnet Stadträtin Vogelsang. Von mehreren Flüchtlingen ist aber zu hören, daß sich Sachbearbeiter ablehnend zu den Anträgen äußerten und darauf hinweisen, daß die Betroffenen „ja zurück in die Heimat gehen" könnten, wenn ihnen die Behandlung nicht passe.

Dokumentation:

Rechtsradikale Aktivitäten in Verden und Umzu 1997/ 98

In dieser Broschüre geht es um das verstärkte Auftreten rechtsradikaler Parteien und Organisationen im Kreis Verden/ Aller. Dazu zählten in den Jahren 1997/ 98 besonders die NPD/ JN zum Bundestagswahlkampf, sowie die „Deutsche Partei" zum Landtagswahlkampf. Dies, sowie der erfolgreiche antifaschistische Kampf hiergegen werden auf 24 DIN A 4 Seiten ausführlich dokumentiert.

Sie kann für 3 DM + 3 DM Porto bestellt werden (auch gegen Briefmarken).
Mehrfachbestellungen inkl. Porto (Weiterverkauf):
3 St. - 10 DM, 10 St. - 20 DM

Bestellungen gehen an:

F@U-Bremen
c/o Infoladen
St. Pauli Str. 10/ 12
28203 Bremen




Tagesseminar am Samstag, den 28.11.1998 10.00 bis 20.00
Im Bildungswerk Berlin
Zeughofstr. 20
10997 Berlin
Tel.: 030-612 60 74

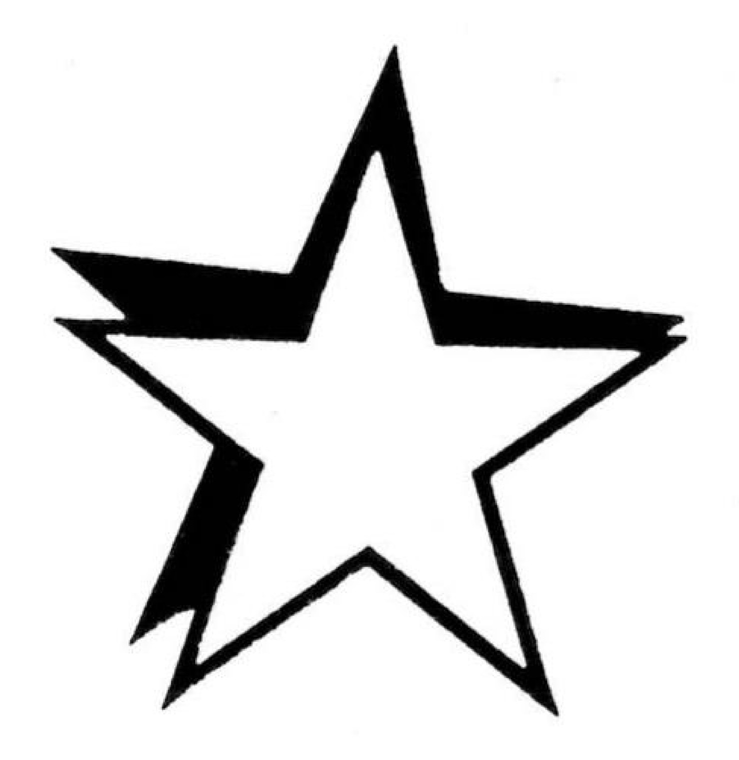
mit: Łukasz Burkiewicz (Sozialwissenschaftler), Tania Kinzel (Maquila-Ini) und Dario Azzellini (Journalist)

Produktion im Zeitalter der Globalisierung

Rechtlose ArbeiterInnen in „Weltmarktklitschen"

„Maquiladoras" werden in Lateinamerika die Fabriken und Montagehallen genannt, die in Freihandelszonen steuerfrei für den „Weltmarkt" produzieren. Die Sonderbedingungen, die den Unternehmern eingeräumt werden führen für die ArbeiterInnen zur nahezu völligen Rechtlosigkeit. In den Sonderzonen gelten meist so gut wie keine Umwelt- oder Arbeitsschutzstandards. Die Arbeitszeit betragt nicht selten an die 60 Stunden die Woche und der Lohn ist sehr niedrig. Gewerkschaftliche Aktivitäten sind meist verboten oder werden - auch mit physischer Gewalt - unterbunden.
Dennoch sind „Maquiladoras" ein boomender Sektor, ständig werden neue Gebiete zu Freihandelszonen erklärt. Früher meist nur an Grenzen oder Häfen gelegen, werden mittlerweile überall Gebiete zu Freihaldelszonen erklärt. In keinem größeren Infrastrukturprojekt fehlen heute noch Maquila-Zonen. Selbst in der BRD sind mittlerweile solche Zonen (an der Grenze zu Polen) geplant.
In den Weltmarktklitschen arbeiten zum Großteil Frauen und oftmals MigrantInnen und Flüchtlinge.
In einem Wochenendseminar soll die Maquilaproduktion von verschiedenen Seiten beleuchtet werden:

- Funktionsweise der Maquilas am Beispiel El Salvador
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Maquilaproduktion, Weltmarktstrukturen, MAI-Abkommen, Grenzüberschreitender Handel
- Maquilas, Frauen und Migration a Beispiel Mexikos
- Pläne zur Errichtung von „freien Produktionszonen" und Maquilas in der BRD/Polen
- Beschreibung der Arbeit der Maquila-Initiative und Diskussion über Perspektiven und Aktionsmöglichkeiten



12. November 18.30

Rathaus Pankow (Foyer des Ratssaales)
Breite Straße 24a - 26, 13187 Berlin-Pankow

Ausstellung zum 60. Jahrestag der Pogromnacht mit Bildern von Wolfgang Szepansky

Offizielle Eröffnung durch Andreas Nachama, jüdische Gemeinde zu Berlin

Gesprächskonzert mit der Gruppe **"Wider das Vergessen - Auschwitz"**

BdA Pankow

14. November

14.00 Uhr

Hendrik-Kraemer-Haus, Limonenstraße 26
(S1 bis Botanischer Garten oder Bus 148 bis Asternplatz)

Scherben und Schergen - Reflexionen nicht nur über die Pogromnacht 1938

Vortrag und Gespräch mit Professor Dr. Heinrich Fink

Ökumenisches Friedensforum europäischer Christen

20. November

19.00 Uhr

Carl-von-Ossietzky-Oberschule, Blücherstraße 48, Kreuzberg (Nähe U-Bahnhof Südstern)

Rassismus und rechte Gewalt - Was können wir tun?

Hearing und Diskussion

Auf dem Podium: Franz Jantzen ("Tagesspiegel"), Silke Kirschnick (Zentrum Demokratische Kultur), Sanem Kleff (Vorsitzende des Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten der GEW), Gerd Wermerskirch (Projektkoordinator in der Jugendberufshilfe und -sozialarbeit Zittau)

Internationale Liga für Menschenrechte

Gründungskongreß einer freien Bildungsgewerkschaft in der FAU-IAA

Programmm:

Fr 20/11	Anreise 21h Film
Sa 21/11	10h Begrüßung, Kongreßablauf 11h Vorträge 15h AG´s 21h Party im Ex mit Konzert und DJ
So 22/11	11h AG-Berichte 13h Gründung von Syndikaten 14h Gründugserklärung + Pressekonferenz 15h Abreise

Der Kongreß findet in der SfE (Mehringhof, Gneisenaustr. 2a) statt. Die Anmeldung (nur notwendig für die, die dort auch Essen und Materialien wollen) geschieht durch Überweisung von 15 DM an: **D.Neu, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Kto.Nr. 7728 73-101** (Kongreß und Name der Person/en)

Kontakte zum Bildungssyndikat

Bildungssyndikat Berlin
c/o A-Laden, Rathenower Str. 22,
10559 Berlin, Tel 030/2143946
Mail: bsy-b@fau.org

Bildungssyndikat Bonn
c/o FAU-IAA, Wolfstr. 10
53111 Bonn, Tel 02289/637774

Bildungssyndikat Bremen
c/o Picobello e.V., Koernerwall 6,
28203 Bremen,
Mail: bsy-hb@fau.org

Bildungssyndikat Dortmund
c/o FAU-IAA, Langer August,
Braunschweiger Str. 22,
44145 Dortmund,
Mail: bsy-do@fau.org

Bildungssyndikat Düsseldorf
c/o A. Jour, Brunnenstraße 5
40223 Dusseldorf

Bildungssyndikat Hamburg
c/o FAU-IAA, Anarchistisches
Zentrum, Thadenstr. 118,
22767 Hamburg
Mail: bsy-hh@fau.org

Bildungssyndikat Münster
c/o Infoladen Bankrott,
Dahlweg 64, 48153 Munster,
Tel: 0251/799081
Mail: bsy-ms@fau.org

Der **MehringHof** bietet für politische und kulturelle Veranstaltungen, auch Ausstellungen, insbesondere tagsüber, 2 Räume (VerSammlungsRaum, 180qm & den Blauen Salon, 40 qm) gegen ein z.T. geringes Endgeld, an. Keine Partys, Feste o.ä.



Eine Diskussionsveranstaltung zu
Männlichkeit, Subjektivität und Politik
vorbereitet von Männern für alle
am Sonntag, 15.11.98, 19-22 Uhr im Ex

donnerstag
19.11.98
neunzehn uhr
Stadtteilladen Zielona Gora
Grunbergerstraße 73, 10245 Berlin







Oh Wunderwerk der Technik, der Infowagen ist jetzt auch telefonisch zu erreichen. Vorerst hat uns der B.L.A. e.V. (Brandenburger Lebensart e.V.) sein Büro und sein Telefon zur Verfühgung gestellt. In seinem Büro sind wir nun jeden Donnerstag von 19.00 bis 21.00 Uhr zu erreichen.

Die Adresse bleibt immer noch die gleiche.
Infowagen
Mitschurinstr. 1c
14469 Potsdam

03 31 / 9 51 07 14

DIE RECHNUNG GEHT NICHT AUF

Forderung an deutsche Firmen und Banken nach Geld für die Opfer der Apartheid

Ende 1993, Aufhebung der Sanktionen gegen Südafrika. Das Land hat zu dem Zeitpunkt 25,5 Milliarden Dollar Auslandsschulden. An einsamer Spitze der Gläubiger steht Deutschland. Deutsche Banken hatten Kredite an das Apartheid-Südafrika gegeben. Auch deutsche Firmen investierten fleißig in das Apartheidsystem: Von 1978 bis 1993 flossen Kapitalexporte von 70 Milliarden DM nach Südafrika, mit einer Rendite dieser direkten und indirekten Investitionen von 8,6% durchschnittlich. – Profiteure der Apartheid!
Zusammen mit zahlreichen Organisationen in Südafrika, in der Schweiz, in Großbritannien, den USA und Deutschland fordert medico international die Streichung der durch die Apartheid verursachten Schulden und die Entschädigung der Opfer in Südafrika und in der Region.
Unterstützen auch Sie diese Arbeit.

medico-Spendenkonten:
Stichwort »Südafrika«
1800 Frankfurter Sparkasse
(BLZ 500 502 01)
6999-508 Postbank Köln
(BLZ 370 100 50)

Fordern Sie weiteres Informationsmaterial zu der Kampagne »Folgekosten der Apartheid – für Entschuldung und Entschädigung« an. Schikken Sie uns diese Anzeige oder rufen Sie uns an.



medico international e.V.
Obermainanlage 7 · D-60314 Frankfurt/M.
Tel. 069 944 38-0 · Fax 069 43 60 02
eMail: medico_international@t-online.de
http://home.t-online.de/home/medico.de



Silvio-Meier-Demo



21.11.98 • 15:00 Uhr
U-Bhf. Samariterstr.
Soli-Party • 21 Uhr • Kato
Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68 • 10179 Berlin
Antifa-Infotelefon: (030) 27 56 07 56
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab



DER UNBEWAFFNETE KAMPF GEHT WEITER!